

PROTOKOLL

über die 26., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
dem 28. April 1977, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungsaal.

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

A n w e s e n d :

VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss:

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:

Heinrich Schwarz

Karl Fritsch

STADTRÄTE:

Rudolf Fürst

Anna Kaltenbrunner

Konrad Kinzelhofer

Manfred Wallner

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling.

GEMEINDERÄTE:

Johann Brunmair

Maria Derflinger

Vinzenz Dresl

Franz Enöckl

Karl Feuerhuber

Ernst Fuchs

Karl Holub

Walter Kienesberger

Walter Köhler

Otilie Liebl

Rudolf Luksch

Johann Manetsgruber

Franz Mayr

Erich Mayrhofer

Friedrich Reisner

Erich Sablik

Hubert Saiber

Johann Schodermayr

Herbert Schwarz

Dr. Alois Stellnberger

Otto Tremel

VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat

Dr. Johann Eder

Rechnungsdirektor Oberamtsrat

Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser

VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

- 1) K-1330/71 Komitee für die 1000-Jahr-Feier der Stadt Steyr; Subvention.
- 2) Ha-7238/76 Evangelische Pfarrgemeinde Steyr; Subvention.
- 3) FW-975/77 Ankauf von Rufempfängern für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

- 4) Bau5-315/76 Garconniereneinbau in das Haus Steyr, Industriestraße 7; Mittelfreigabe 1977.
- 5) Bau5-315/76 Garconniereneinbau in das Haus Steyr, Industriestraße 7; Verlegung eines neuen Erdkabels.
- 6) GHJ2-4437/75 Abbruch des Hauses Steyr, Sierninger Straße 77.
- 7) Buch-1124/77 Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei VP 600-52 oH; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 8. 11. 1976; Auftragsvergaben.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

- 8) Bau2-7230/76 Siedlung im Bereich des Klosterberges; Straßenbenennung.
- 9) Bau5-5880/76 Bauunternehmung Ernst Hamberger, Linz, Bürgerstraße 11; Erteilung der baubehördlichen Genehmigung des Grundstückes Nr. 445/2, KG. Gleink, als Bauplatz und Errichtung eines Arbeiterwohnhauses mit Werkstätte auf diesem Grundstück im Grundwasserschongebiet der Wasserversorgungsanlage der Stadt Steyr.
- 10) ÖAG-4032/73 Erwerb der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 97; nachträgliche Entrichtung der Grunderwerbsteuer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

- 11) Ha-5051/75 Darlehen der Stadtgemeinde Steyr an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH; endgültige Festsetzung.

- 12) Ha-1326/77 Rotes Kreuz Steyr; Jahressubvention 1977.
- 13) Buch-6500/76 Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1976 und Entnahmen aus Rücklagen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

- 14) ÖAG-7968/62 Grundtausch Stadtgemeinde Steyr - Republik Österreich im Bereich der Trollmannkaserne.
- 15) Bau3-1246/75 Bauvorhaben Kreuzung Rooseveltstraße - Kaserngasse sowie Haltebuchten Seifentruhe und Azwanngerstraße; Endabrechnung.
Bau3-1466/73
- 16) GHJ1-5765/76 Erweiterung der Krankenabteilung im Altersheim; Ergänzung der StS-Beschlüsse vom 28. 10. 1976 (GHJ1-5765/76) und vom 2. 12. 1976 (GHJ1-6139/76, 6140/76, GHJ2-6491/76) bzw. des GR-Beschlusses vom 9. 12. 1976.
GHJ1-6139/76
GHJ1-6140/76
GHJ2-6491/76
- 17) JW-4088/76 Herstellung der Außenanlage beim prov. Kindergarten Resthof.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 18) ÖAG-252/77 Stadtwerke - Verkehrsbetrieb; Grundleistung für das Jahr 1977.
Stadtwerke
- 19) ÖAG-1598/77 Stadtwerke - Teilbetriebe städt. Bäder und Kunst-
eisenbahn; Verlustersatz 1976.
- 20) Ha-1490/77 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 21) ÖAG-1148/77 Austausch der Niederdruckgasleitung in der Sier-
ninger Straße (innerer Stadtteil).
Wasserwerk
- 22) VerkR-4068/70 Autobusbahnhof Steyr; Errichtung eines Wartehäuschens; Vergabe der Schlosserarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

- 23) Bau3-4350/72 Aschacher Bezirksstraße - Teufelsbachbrücke; Mittelfreigabe 1977.
- 24) Bau5-6142/72 Hallenbadanbau; Mittelfreigabe 1977 und Projektierung der Elektroarbeiten.
- 25) Bau5-4022/72 Generalsanierung des Stadtbades; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 23. 9. 1976; Rechtsmittelbewilligung.
- 26) Bau6-5707/76 Kanalisation Stein, 1. Bauabschnitt; Auftrageerweiterung.
- 27) Bau6-5707/76 Kanalisation Stein, 1. Bauabschnitt; Hauskanalanschluß Ing. Höchtl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 28) GHJ2-2613/74 Mehrzweckhalle Münichholz; Mittelfreigabe; Vergabe des Auftrages zur Planung und Ausschreibung.
- 29) VerkR-1173/77 Erneuerung der Bodenmarkierungen 1977; Mittelfreigabe.
- 30) Bau5-1208/75 Fußgängerpassage Grünmarkt; Portal- und Gewichtschlosserarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 31) Bau3-780/77 Vergrößerung des Parkplatzes beim Stadtbad.
- 32) SH-400/77 Brennstoffaktion 1977.
- 33) SH-4771/76 Einführung des Seniorenpasses.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung und stelle fest, daß die Beschlußfähigkeit auf Grund der Anwesenheit gegeben ist. Ich möchte dennoch einige Entschuldigungen zur Kenntnis bringen. Entschuldigt sind die Gemeinderäte Hofrat Dr. Schneider, Gemeinderat Baumann, der sich bedauerlicherweise im Krankenhaus befindet, Gemeinderat Ing. Fahrnberger, Gemeinderat Radler und auch Frau Gemeinderat Molterer. Ich bitte, diese Entschuldigungen dem Protokoll einzuverleiben. Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung sind vorgeschlagen Gemeinderat Reisinger und Gemeinderat Tremel. Wie ich aus der Zustimmung per Kopfnicken erkenne, wird die Funktion angenommen. Ich danke sehr.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die ordentliche Tagesordnung eingehen, möchte ich von meinem Mitteilungsrecht Gebrauch machen und Ihnen zur Kenntnis bringen, daß 2 wichtige Sachen in dieser Woche geschehen sind, die zweifellos den Gemeinderat und darüberhinaus die Steyrer Bürger interessieren werden. Zunächst die Mitteilung, daß am Dienstag abends auf Grund der Einladung des Herrn Bundeskanzlers eine Delegation aus dem Raum Steyr in Wien war, der vom Präsidium der Magistratsdirektor - ein Beamter hat Vorrang-, Bürgermeister Schwarz und meine Person angehört haben. Daß ferner Landesrat Reichl, Landtagsabgeordneter Dirngrabner und der Bezirksobmann des ÖGB Herr Landtagsabgeordneter Heigl daran teilgenommen haben und anwesend waren und auf der anderen Seite unter Vorsitz des Bundeskanzlers beinahe die gesamte Bundesregierung an der Besprechung teilgenommen hat.

Ich kann sagen, daß dies eine Einladung der Regierung war, wir auf die Zusammensetzung der Delegation keinen Einfluß nehmen konnten und auch nicht genommen haben, daß aber die Einladung für uns so wichtig geschienen hat, daß wir unverzüglich dem Ruf nachgekommen sind, zumal wir schon vorher nach offizieller Beschlußfassung im Gemeinderat des Entwicklungskonzeptes den Bundeskanzler angeschrieben haben, um eine Aussprache in diesen Fragen zu erhalten. Das ist geschehen. Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen und darf Sie der Ordnung halber vom Ergebnis, soweit es möglich ist, informieren. Ich kann das nur schlagwortartig tun. Es ist darüberhinaus gestern eine sehr wichtige Sitzung in Wien abgehalten worden, an der das Komitee zur Sanierung des Schlosses Lamberg, im Beisein des Magistratsdirektors Dr. Eder teilgenommen hat und auch hiezu kann ich Ihnen konkrete Mitteilungen machen.

Zunächst einmal jene über unsere Besprechung in Wien. Die Einleitung des Bundeskanzlers hat darin bestanden, daß er uns die Förderungsmittel mitgeteilt hat, die in der Region Steyr in den Jahren 1970 - 1976 ausgeschüttet wurden. Darunter sind S 86 Mill. ERP-Kredite, S 89 Mill. für die landwirtschaftliche Förderung und S 4,8 Mill. zur Förderung der Forstwirtschaft, insgesamt ein Betrag von S 179,800.000,- in diesen Jahren. Ein Ausfluß der Förderungsmittel hat sich bei den Krediten und Investitionen ausgewirkt, nämlich wurden hier S 700 Mill. durch diese Maßnahmen freigesetzt. Die Bundesregierung hat im Wege der Bundeshaftung über die österr. Kontrollbank für die Steyr-Werke einen Betrag von 3 Milliarden zur Verfügung gestellt. Ich wiederhole hier die Worte des Bundeskanzlers: "Das ist die größte Summe, die je ein ähnliches Unternehmen in Österreich erhalten hat". Der Bundeskanzler hat auch in seinen Ausführungen noch unterstrichen, daß er aus jüngsten Jahren die Stadt Steyr und deren Probleme kennt. Er war in der schwierigsten Zeit der Not, Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre hier und sein persönliches Bemühen gilt nunmehr dem, hier einzuwirken, für die Steyr-Werke in Syrien zu trachten, einen wesentlichen

Auftrag hereinzuziehen, womit Probleme, die heute schon in der Informationssitzung erwähnt wurden, unter Umständen eingeschränkt oder überhaupt beseitigt werden könnten. Wir haben darüberhinaus den Ressortministern eine kurzgefaßte Darstellung unserer Wünsche vorgelegt, worunter wir bei Vizekanzler und Finanzminister Androsch, der durch einen Beamten vertreten war, da er persönlich im Ausland weilt, die Mittelbereitstellung für das Schloß Lamberg gewünscht und gefordert haben. Hier wurde ursprünglich eine Drittelteilung zwischen Bund, Land und Gemeinde vorgeschlagen. Das Verhandlungsergebnis wurde gestern endgültig fixiert, wobei ich mitteilen kann, daß die Stadt Steyr relativ günstig abgeschnitten hat. Überdies wurde vom Vertreter des Ministers die Prägung einer Gedenkmünze zur Tausendjahrfeier als möglich zugesichert. Bei Bundesminister Dr. Staribacher haben wir die Förderung von Betriebsgründungen als Ersatz für Euromarketing in den Vordergrund gestellt. Wir haben eine Befürwortung Steyrs bei Firmenanfragen als Standort dort auch verlangt und auch die Einflußnahme seines Ressorts, soweit es eben zuständig ist, beim Ausbau der Steyr-Werke in den Vordergrund gestellt. Von ihm wurde überdies zugesichert, daß der Bestand der Ennskraftwerke gegeben ist dadurch, daß keine Änderung des 2. Verstaatlichungsgesetzes beabsichtigt sei.

Betreffs des Hotelneubaus wurde uns dezidiert zugesichert, eine sofortige Rücksprache mit dem Generaldirektor Dr. Sokol vom österr. Verkehrsbüro zur Betreibung dieses Projektes vorzunehmen.

Es ist von uns angeschnitten worden, Steyr als Standort einer möglichen Betriebsstätte für Erzeugung einer österr. Pkw-Produktion auszuwählen. Es wurde dabei kein konkretes - das war auch nicht zu erwarten - Ergebnis erzielt, aber jedenfalls in Vormerkung genommen, daß die Steyr-Werke als Produktzulieferung für eine solche Produktion in Aussicht genommen werden sollen.

Im Ressort Soziales von Minister Dr. Weissenberg wurden einige Fragen angeschnitten und hierbei auch die Zusicherung von ihm persönlich erteilt, daß er bereit ist, aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung für die Schwierigkeiten, die sich derzeit in den Steyr-Werken in der Waffenfabrik ergeben, eine Überbrückungshilfe zu gewähren, die entweder beabsichtigte Kündigungen zur Gänze vermeiden helfen oder zumindestens eine Überbrückung darstellen, damit Härten vermieden werden können. Weitgehend wird diese Frage auch zusammenhängen damit, ob der Bundeskanzler diese Syrienreise unternimmt und dort die Möglichkeiten einer verstärkten Waffenlieferung - es ist die Rede von 2.000 Gewehren - nach Steyr mit hereinbringt neben den anderen Problemen, die mit den übrigen größeren Produkten der Steyr-Werke im Zusammenhang stehen.

Bei Bautenminister Moser wurde von uns die S 37 als vorrangig erklärt. Von ihm wurde uns gesagt, daß die Detailpläne im Land OÖ. soweit fertig sind, daß er nach einer Rücksprache mit Landeshauptmann Dr. Wenzl als zuständigem Ressortchef im Land die Zusicherung bekommen habe, daß in den nächsten Tagen die Detailpläne in Wien beim Ministerium einlangen werden und daß von ihm aus sofort unverzüglich die Freigabe des Teilstückes von Steyr Nord, sprich Knoten Gleink, zum Heuberg - hier bis Asang - erfolgt. Die sofortige Bearbeitung ist deswegen für uns auch wichtig, weil wir den Flächenwidmungsplan der Stadt Steyr nur dann endgültig beschließen können, wenn die Frage des Knotens in Gleink gelöst ist. Das kann nur mit der endgültigen Fixierung der S 37 erfolgen. Es wurde uns außerdem erklärt, daß die Märzenkellerumfahrung in Angriff genommen wurde, wobei der Beginn der Brückenbauten heuer noch erfolgt. Es ist darüberhinaus eine positive Äußerung uns zuteil geworden für Zuschüsse bei der Errichtung von weiteren Fußgängerübergängen über Bundesstraßen, zudem die

Übernahme der Bauleitung durch die Bundesgebäudeverwaltung bei der Sanierung des Schlosses Lamberg.

Zum Reinhaltungsverband Steyr-Umland wurde uns die Mitteilung gemacht, daß bereits S 250 Mill. bereitgestellt sind, wovon S 60 Mill., wie uns auch schon bekannt ist, aus vorhergehendem Schreiben, freigegeben wurden. Es wird an uns liegen, die Projekte der Trägerkanäle nunmehr dringlich weiter zu verfolgen. Der Bautenminister begrüßt eine rasche Vorantreibung dieser Kanalbauten.

Etwas für uns Wichtiges scheint mir auch in der Zusicherung zu liegen, daß im Falle einer Gründung einer Gruppentrinkwasserversorgung im Raume Steyr auch diesbezüglich, ähnlich dem Abwasserbeseitigungsverband oder Reinhaltungsverband Steyr, auch mit Förderungsmittel zu rechnen ist.

Die Verampelung des Ennser Knotens ist bereits bewilligt, die Aufträge erteilt, sodaß in Kürze mit der Inangriffnahme der Arbeiten zu rechnen sein wird.

Betreffs des Wiesenberg-Verampelungsprojektes liegt dieses beim Land OÖ. zur Planung. Nach Einreichung an das Ministerium wurde eine sofortige Bearbeitung und Erledigung zugesagt. Soweit das Ressort Bauten.

Bundesminister Lanc wurde durch einen Beamten vertreten. Hier konnten wir keine konkrete Terminäußerung zum Neubau des Bahnhofpostamtes erreichen. Jedoch eine Zusicherung, daß die Möglichkeit besteht, unseren Wunsch zu erfüllen, eine Sondermarke zur Tausendjahrfeier herauszubringen. Es wird diesbezüglich noch gesonderte Anträge notwendig machen und weitere Interventionen werden sicherlich dazu noch notwendig sein.

Hinsichtlich der Betreibung privater Fernsprechanchlüsse wurde von uns eine Verstärkung des Ortskabelnetzes gefordert. Dabei wurden wir jedoch an das Präsidium der Landespost- und Telegrafverwaltung für OÖ. und Salzburg verwiesen.

Hinsichtlich des Ressorts Bundesminister Dr. Sinowatz, Antrag auf Förderung und Aufnahme einer geplanten zentralen Sportanlage in den Sportstättenleitplan wurden wir an das Land OÖ. verwiesen. Dieses muß nämlich den Antrag zur Aufnahme stellen. Wir haben aber diesbezüglich meines Wissens schon lange eine Eingabe gemacht.

Zur Schulerweiterung der HTL ist die Planung im Auftrag. Wir können heuer noch erwarten, daß diese Planung uns bekanntgemacht wird.

Betreffs eines Ansuchens um Förderung unserer Hallenbaderweiterung wird grundsätzlich eine positive Haltung eingenommen. Es bedarf hier der entsprechenden Ansuchen.

Im Ressort Bundesminister Dr. Firnberg ist die Fortsetzung der Fassadenaktion nach Aussagen der Frau Minister gewährleistet. Es ist überdies bestätigt worden, daß der Forschungsauftrag für den Wehrgraben ebenfalls vom Ministerium gesichert ist und darüberhinaus konnten wir noch bestätigt bekommen und eine positive Einstellung erhalten für unseren Vorschlag, daß das Ministerium die Vergabe von wissenschaftlichen und künstlerischen Aufträgen anlässlich der Tausendjahrfeier übernimmt und auch durchzieht. Die Frau Minister erwartet nur, daß wir entsprechende Themenvorschläge einreichen.

Im Ressort des Bundesministers Dipl. Ing. Haiden für Land- und Fortswirtschaft kann ich schon vorwegnehmend eine Frage beantworten, die in der Informationssitzung gestellt wurde, datiert vom 12. 4., am Dienstag bestätigt. Dort heißt es: "Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Freund. Dein Schreiben, betreffend die Nachricht in den OÖ. Nachrichten über die Verlegung der Wildbachverbauung habe ich dankend erhalten und kann natürlich Deine Sorgen

verstehen. Es freut mich daher, Dir mitteilen zu können, daß an eine Verlegung der Wildbachverbauungs-Dienststelle Steyr von Seiten meines Ressorts nicht gedacht ist." Bitte das zugleich als Beantwortung der Anfrage in der Informationssitzung zu betrachten. Darüberhinaus ist das Schloß Lamberg wieder angesprochen worden. Das ist in Verbindung mit den anderen Ministerien bereits gesichert und wird noch gesondert kurz zitiert.

Wir haben auch eine positive Erklärung erhalten hinsichtlich der Bereitstellung von Parkflächen aus dem Areal der Bundesforste, wenn sie anlässlich der Tausendjahrfeier bei Großveranstaltungen benötigt werden und auch die Zusage, im Falle eines Abverkaufes von Grundstücken der Bundesforste, die in Steyr liegen, die Stadt Steyr bevorzugt zu informieren und zu behandeln, soweit nicht andere Ministerien Ansprüche an die Grundstücke unter Umständen erheben wollen.

Die an die Ressortminister Rösch - Inneres, Leodolter - Gesundheit und Lütgendorf - Verteidigung gerichteten Anfragen bzw. Wünsche hat der Bundeskanzler persönlich übernommen zur Weiterleitung und die Minister werden uns schriftlich über die Behandlung und ihre Einstellung zu den einzelnen Punkten noch informieren.

Ich kann nach einer mehr als zweistündigen Verhandlung mit Ressortchefs eines abschließend erklären. Es dürfte in der Geschichte der Stadt Steyr in diesem Jahrhundert das erste Mal gewesen sein, daß eine Abordnung überhaupt die Gelegenheit bekommen hat, nicht nur den Bundeskanzler als Person, sondern der Bundesregierung als verantwortliches Regierungsgremium gegenüberzustehen und zu sitzen, die Wünsche, die im gemeinsam beschlossenen Entwicklungskonzept enthalten sind, konzentriert vorzulegen und zu erläutern und darüberhinaus auch in einer sehr ausführlichen Aussprache Probleme, die unsere Region, unsere Stadt betreffen, zu unterbreiten. Niemand von uns wird glauben können, daß man in einer Besprechung einfach alle Wünsche schlagartig auf den Schilling genau erwidert und erfüllt bekommt, sondern daß wir nun Zug um Zug im Sinne des beschlossenen Konzeptes versuchen müssen, immer wieder neu die Interessen der Stadt und ich möchte sagen darüberhinaus auch die Interessen der Region zu betreiben, sie in das Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken und dadurch zu erreichen, daß niemand Einfluß nehmen kann auf die Entwicklung dieser Stadt und die Stellung der Bürger in der Öffentlichkeit. Daß hier sich niemand der Verpflichtung entziehen kann, die Stadt Steyr, ihre Einwohner und deren Wünsche, soweit sie erfüllbar sind, zu respektieren.

Die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers zum Abschluß, weiterhin größtes Augenmerk der wirtschaftlichen Lage dieses Landesteiles im Süden Oberösterreichs zu widmen, war der Abschluß dieser Besprechungen, die ich Ihnen in kurzen und wie ich hoffe informativen Worten mitgeteilt habe.

Ich darf dem nun anschließend auch das Ergebnis einer Besprechung anfügen, die ich vorher zitiert habe, an der der Magistratsdirektor gestern in Wien teilgenommen hat. Diese ergibt - es waren insgesamt 30 Beamtenvertreter anwesend - daß die Vorbesprechungen zu einer Vereinbarung abgeschlossen wurden zwischen Bund, Land und Stadt, daß die endgültige Vertragsunterzeichnung unter diese Vereinbarung am 9. 5. in Steyr erfolgen wird und der Vertragsinhalt mit Kostenaufteilung folgenden Ausmaßes aussehen wird: Der Bund wird 20 Mill. und die Bauleitung für die Bundesgebäudeverwaltung zur Sanierung des Schlosses in der 1. Etappe übernehmen. Das Land OÖ. übernimmt eine Summe von S 7,5 Mill. Beitrag zur Sanierung des Schlosses, die Stadt Steyr wird verpflichtet, einen Betrag von etwa S 5 Mill., vielleicht etwas darunter, als Ko-

stenbeitrag zur Substanzsicherung zu leisten. Somit sind insgesamt S 32,5 Mill. zur Sicherung des Schlosses Lamberg gewährleistet, vorausgesetzt, das muß ich jetzt schon bitten, der Zustimmung des Gemeinderates, wenn es um diesen Betrag geht. Denn letztlich wenn man bedenkt, daß eine Drittelteilung vorgesehen war und nun wir mit S 5 Mill. von S 32,5 Mill. beteiligt werden sollen, ist das ein überaus günstiger Anteil für unsere Stadt und für die Restaurierung jenes Gebäudes, das den Ursprung dieser Stadt bedeutet.

Nicht in diesem Paket enthalten und daher zusätzliche Kosten ergeben sich dadurch, daß das Land OÖ. die Adaptierung sämtlicher vorgesehener Ausstellungsräume übernimmt, darunter auch die Erneuerung des Vorwerkes. Die Stadt Steyr erbringt die Nebenleistungen, darunter fallen die Freimachung und Adaptierung von Ersatzräumen - es ist eine Wohnung, es sind Ersatzräume für Polizei und Gendarmerie dabei sowie die Herstellung der Parkflächen um das Schloß, wobei diese Flächen eine Dauerwirkung haben. Es ist notwendig, daß sich Stadt- und Gemeinderat, wie ich schon erwähnt habe, nochmals damit befassen und ich hoffe sehr, daß die Zustimmung gegeben wird, womit erreicht werden kann, daß ein jahrzehntelanger Kompetenzstreit um die Sanierung des Schlosses Lamberg beseitigt wird und daß diese Misere einen für uns alle, glaube ich, und für die Stadt vorteilhaften Abschluß finden kann.

Diese Mitteilungen, wenn sie auch etwas länger waren, wollte ich Ihnen machen, weil ich sie für wichtig genug erachte, daß der Gemeinderat am Beginn der heutigen Sitzung davon Kenntnis bekommt.

Ich darf Ihnen danken, daß Sie mir die Aufmerksamkeit gegeben haben und darf nun in der vorgelegten Tagesordnung fortfahren und bitte Kollegen Schwarz um die Vorsitzführung. Ich gehe gleich als Referent zum Pult und bitte Sie, mir das nachher nachzumachen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister zur Berichterstattung das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der erste Antrag beschäftigt sich mit einem Ansuchen des Komitees und Hauptausschusses zur Tausendjahrfeier der Stadt Steyr und lautet:

1) K-1330/71

Komitee für die 1000-Jahr-Feier der Stadt Steyr;
Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Ansuchen des Komitees für die 1000-Jahr-Feier der Stadt Steyr vom 3. 3. 1977 wird für die Vorbereitungsarbeiten anlässlich der 1000-Jahr-Feier im Jahre 1980 der Betrag von

S 500.000, --

(Schilling fünfhunderttausend)

als Subvention bewilligt. Zu diesem Zweck wird der genannte Betrag bei VP 354-92 aoH freigegeben.

Als erste Rate ist ein Betrag von S 200.000, - flüssig zu machen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte, dem die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Der Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Damit ist es ein einstimmiger Beschluß. Ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der zweite Antrag behandelt ein Ansuchen der evangelischen Pfarrgemeinde Steyr betreffend einer Subvention. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

2) Ha-7238/76

Evangelische Pfarrgemeinde Steyr; Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Ansuchen wird dem Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde Steyr zur Durchführung von im Hinblick auf die 1.000-Jahr-Feier bedeutsamen denkmalpflegerischen Renovierungsarbeiten am Kirchenensemble an der Bahnhofstraße eine außerordentliche Subvention in Höhe von

S 400.000,--

(Schilling vierhunderttausend)

gewährt, welche in 2 Jahresraten von je S 200.000,- in den Jahren 1977 und 1978 flüssig zu machen ist.

Die Rate für 1977 in Höhe von

S 200.000,--

(Schilling zweihunderttausend)

wird gleichzeitig bei VP 354-50 oH freigegeben.

Die Auszahlung hat nach Maßgabe des Baufortschrittes gegen Vorlage von Rechnungen zu erfolgen.

Ich bitte, auch diesem Antrag beizutreten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich werde Sie heute nicht sehr lange aufhalten mit grundsätzlichen Erklärungen, weil sie in diesem Rahmen wohl bekannt sind, aber doch erlauben Sie mir dazu einige Feststellungen. Ich glaube, daß auf Grund dieser Großzügigkeit, die der Gemeinderat der Stadt Steyr an den Tag gelegt hat in den letzten Monaten oder im letzten Jahr, die Kirche richtig auf den Geschmack gekommen ist, wie man leichter hier Unterstützung findet. Wenn ich mir das vorüberziehen lasse, so haben wir im letzten Jahr allein, mit dem heutigen Beschluß, mehr als S 1 Mill. für die Kirche als Subvention gegeben. Meine Damen und Herren, ich werde Sie im Laufe dieses Jahres noch einige Male daran erinnern, wie leichtfertig man oft Gelder flüssig macht, die von der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung stammen. Gleichzeitig im selben Zeitpunkt vermisse ich die Großzügigkeit dieser Mehrheit des Gemeinderates, vor allem wenn es darum geht, die kleineren Gemeindebürger zu unterstützen. Ich verweise darauf, daß man z. B.

einen Baukostenbeitrag eingehoben hat von den meisten Mietern, die eine Neuwohnung bezogen haben und wir wissen, daß eine Reihe von solchen Menschen in unserer Stadt diese Mittel nicht aufbringen konnte und die Gemeinde Darlehen zur Verfügung stellt - man bezeichnet diese als Gemeindedarlehen - damit sie überhaupt in den Genuß dieser Wohnung gekommen sind. Diese Menschen müssen dieses Darlehen mit 9,5 %, also normaler Bankverzinsung zurückzahlen. Oder ich habe Sie bei der letzten Sitzung, glaube ich, aufmerksam gemacht, daß die Gemeinde Steyr in den alten Bauten auf der Ennsleite, die man von den Fenstern aus sieht, für die Menschen, die dort wohnen, die Miete verdoppelt, das heißt den m²-Zins auf S 4,- erhöht hat. Dazu hat die Gemeinde Steyr bis dato keinen einzigen Schilling Zuschuß gegeben, auch nicht in der Richtung, wie man heute gerne sagt, im Zusammenhang der Tausendjahrfeier. Ich könnte noch eine Reihe von Fällen aufzeigen, ob es die Enttarnung in Münichholz ist, wo es zwar Verhandlungen gibt, es aber auch viele Jahre, also über 3 Jahrzehnte gedauert hat, bis das überhaupt ins Rollen kommt. Ich glaube, ich brauche nicht sehr unbescheiden sein, daß es die Kommunisten waren, die jahrelang das verlangen, aber wahrscheinlich auch bis zur Tausendjahrfeier das nicht geregelt wird.

Ich möchte abschließend dazu noch sagen, die Toleranz seitens der Sozialistischen Partei gegenüber der Kirche hat man vor wenigen Tagen beim Landeshauptmann von Salzburg gesehen wie die aussieht. Oder wenn Sie heute die Zeitung, z. B. das Tagblatt hernehmen, auf Seite 1, oder die Fernseh- und Filmkritik von den OÖ. Nachrichten, dann sehen Sie wiederum, wie tolerant die Kirche gegenüber der Arbeiterschaft, gegenüber fortschrittlichen Künstlern, Filmschaffenden ist. Ich möchte nur in Erinnerung rufen, daß man z. B. einem fortschrittlichen Filmschaffenden und Dichter Turini nicht einmal gewährt, daß er eine Kirche oder einen Friedhof in St. Peter filmt. Weil es aus grundsätzlichen Gründen der Kirchenrat oder die Kirche ablehnt, da sie mit dem Inhalt des ersten Teiles des Films "Alpensaga" nicht einverstanden ist. Sie werden auch nicht einverstanden sein, so meinte nicht das Tagblatt, sondern andere Organe oder Menschen, daß man in einem Film, der auch im Fernsehen gezeigt wurde, erfreulicherweise gezeigt wurde, mit dem Titel "Bauer und der Millionär", wo man ganz realistisch dargestellt hat das Leben der Bauern, wo man realistisch dargestellt hat, wer eigentlich wirklich in Abhängigkeit ist, nämlich der kleine zu den Großbauern. In diesem Zusammenhang hat man auch aufgezeigt die Frage unseres Erdöls, Erdgas usw., das wiederum damit zusammenhängt, daß multinationale Konzerne uns, also der Gemeinde, den Preis diktieren und die Konsumenten zahlen. Das mag vielleicht dem einen oder anderen nicht passen. In diesem Zusammenhang zeigt sich wirklich die Toleranz seitens der Kirche und ich glaube, die wird sich auch nicht ändern, wenn man sie durch Millionen erkaufte.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich erteile dem Bürgermeister das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Ich möchte nicht in eine Kulturdiskussion mit dem Kollegen Tremml verfallen. Ich halte es aber für notwendig, einige Bemerkungen zu machen. Zunächst einmal die Unterstellung, daß die Gemeinde leichtfertig Gelder vergibt. Das möch-

te ich grundsätzlich verneinen.

Das 2., wir haben gerade aus dem Stammland der Geisteshaltung des Kollegen Tremml die besten Beispiele dafür, daß man selbst in der Sowjetunion ungeheure Beträge dafür ausgibt, um jahrzehntelang vernachlässigte Bauten, Kulturbauten, gerade im Bezug auf die kirchlichen Einrichtungen nunmehr zu restaurieren, weil man daraufgekommen ist, daß Lenin doch recht gehabt hat, diese wertvollen Kulturgüter, die ein Zeichen über Generationen und Jahrhunderte hinweg sind, zu erhalten, nicht als Zeichen der Regierungsära, sondern als Zeichen der Leistungsfähigkeit einer bestimmten Nation.

In diesem Sinne möchte ich noch hinzufügen, daß die Erhaltung von Kirchengebäuden zweifellos teuer ist, so wie auch andere erhaltungswürdige Gebäude mit hohen Mitteln wieder instandgesetzt werden müssen. Es ist sicher nicht Aufgabe der Gemeinde, hier diese Güter ausschließlich zu finanzieren. Ein Beitrag der Öffentlichkeit aber zur Erhaltung dieses Kulturgutes ist, glaube ich, mag man nun konfessionell stehen wie man will, mag man politisch stehen wo man will, aber jedenfalls in gewissen Grenzen gerechtfertigt. Letztlich der Hinweis, wir haben mit unserer Subventionstätigkeit auch im Sinne des Denkmalschutzes, im Sinne der Restaurierung von erhaltungswürdigen Gebäuden auch einen wertvollen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung und Beschäftigung in jeder Weise gemacht. Ich bitte daher, meinen gestellten Antrag in dieser Form zu beschließen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Dieser Antrag ist mit 1 Stimmenthaltung (GR Tremml - KPÖ) angenommen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich darf meinen dritten und letzten Antrag vorbringen. Er behandelt den Ankauf von Rufempfängern für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr. Es ist ein Antrag des Stadtsenates und lautet:

3) FW-975/77

Ankauf von Rufempfängern für die Freiwillige
Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ankauf von Rufempfängern mit entsprechendem Zubehör für die Freiwillige Stadtfeuerwehr Steyr (Restankauf für den Ausbau der Personenrufanlage im Einsatzbereich) wird entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. VI vom 22. 2. 1977 der Betrag von

S 407.000,--

(Schilling vierhundertstausend)

bei VP 716-93 aoH freigegeben.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Auto-Magneto, Wels, zum Anbotpreis von S 403.718,- übertragen.

Ich bitte, diesem Antrag beizupflichten und ihn zu beschließen:

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich darf gleich mit der Gegenprobe beginnen. Wer ist gegen diesen Antrag? Liegt eine Stimmenthaltung vor? Das ist nicht der Fall. Auch hier ein einstimmiger Beschluß.

Ich danke für die Berichterstattung und ersuche um Übernahme des Vorsitzes, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für die Leistung der Vorsitzführung während meiner Berichterstattung. Es hat sich zur Geschäftsordnung Kollege Fritsch gemeldet.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Nachdem ich in Erfahrung gebracht habe, daß Herr Bürgermeister uns dann verlassen wird, muß ich noch die Gelegenheit nutzen, seine Anwesenheit eben zur Kenntnis nehmen und gemäß den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung des Statutes eine Bürgermeisteranfrage an ihn richten.

Diese Bürgermeisteranfrage basiert vorwiegend auf einer Notiz in einer Zeitung anlässlich der Eröffnung der Welser Messe und in dieser Zeitung steht unter anderem auch geschrieben, daß von Seiten des sozialistischen Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Hartl die Meinung vertreten wird, daß eine deutliche Kennzeichnung der Dienstkraftfahrzeuge einer öffentlich rechtlichen Körperschaft vonnöten sei. Daher darf ich in diesem Zusammenhang an unseren Herrn Bürgermeister gemäß den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung und des Statutes folgende Anfrage richten:

Gemäß § 103 Abs. 6 des Kraftfahrgesetzes 1967 sind im Besitz der Ortsgemeinden und der von diesen Gebietskörperschaften unter ihrer Haftung betriebenen Unternehmungen deutlich und dauernd gut lesbar als Dienstkraftwagen zu kennzeichnen. Meine Frage geht dahin, erfüllen die Dienstkraftwagen beim Magistrat Steyr diese gesetzliche Verpflichtung? Wenn dies nicht der Fall ist, dann bitte ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Gründe dem Gemeinderat bekanntgeben zu wollen.

Die Anfrage ist unseren Bestimmungen entsprechend schriftlich formuliert und ich darf sie überreichen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich möchte darauf gleich eingehen. Ich kann mich nicht beziehen - ich war eine Woche abwesend im Ausland - auf eine Aussage oder eine Presseerklärung von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Hartl. Es entzieht sich auch meiner Kenntnis und ich bin nicht in der Lage, eine Pressemitteilung als für mich verpflichtend anzusehen. Ich möchte darüberhinaus sagen, daß mir keine offizielle Zuschrift des Landes Oberösterreich über diese gesetzliche Bestimmung zugegangen ist. Es sei denn, sie wäre auf dem Weg, aber eine offizielle Verständigung über diese Kennzeichnung ist nicht bekannt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Das Gesetz ist aus dem Jahre 1967, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das tut mir leid, bisher ist darauf nie Bezug genommen worden und ich werde aber sicherlich Gelegenheit nehmen. Ich sehe, wenn es ein Gesetz ist, das die

Landesregierung auch für sich anwendet und das auch auf die Stadt Steyr zutrifft, keinerlei Grund, in Steyr diese gesetzliche Bestimmung nicht einzuhalten. Das möchte ich ausdrücklich zum Ausdruck bringen. Aber meines Wissens habe ich am Dienstag das erste Mal auf einem Dienstfahrzeug der Landesregierung diese Kennzeichnung des Dienstwagens gesehen. Früher ist mir auch am Fahrzeug des Herrn Landeshauptmannes eine solche Kennzeichnung nicht aufgefallen.

Die Anfrage, hoffe ich, auf diese Weise beantwortet zu haben.
Zur Geschäftsordnung bitte Herr Gemeinderat Holub.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Der Anlaß meiner Wortmeldung zum jetzigen Zeitpunkt ist ebenfalls das angekündigte Nichtanwesendsein des Herrn Bürgermeisters zu einem späteren Verhandlungspunkt der heutigen Tagesordnung. Daher bitte ich um Verständnis, Herr Bürgermeister, daß ich, wenn ich schon Anfragen an Sie richte, daß ich das dann machen möchte, wenn Sie da sind.

Ein Teil meiner Anfrage wurde durch Ihre Erklärung sicherlich schon beantwortet, aber vielleicht doch zu wenig genau. Darum möchte ich die Anfrage dennoch formulieren. Und zwar begründet sie sich auf die Verkehrssituation beim Nordknoten. Dazu hätte ich folgende Fragen:

Was wurde in der Vergangenheit unternommen, um die Errichtung der für das Jahr 1976 versprochenen Ampelanlage zu betreiben, wie weit sind die Vorbereitungen gediehen, was gedenken Sie zur Beschleunigung zu unternehmen? Das ist ja beantwortet, Sie haben interveniert. Bitte das nur als Vortrag meines schriftlichen Antrages zu werten und nicht als Gedanken- und Geistlosigkeit. Und bis zu welchem Termin ist mit der Fertigstellung zu rechnen? Das wurde nicht angekündigt in Ihrem Bereich eingangs der Tagesordnung.

Ein zweiter Teil meiner Anfrage befaßt sich mit dem Fußgängerübergang Enns-Knoten und ist begründet mit den vielen gefährlichen Situationen im Bereich des Schutzweges dort. Die diesbezüglichen Fragen lauten:

Wurden bereits Planungsmaßnahmen ergriffen zur Errichtung dieser Fußgängerüber- oder Unterführung? Wenn dies der Fall ist, dann wie weit sind diese Planungsmaßnahmen gediehen, wenn das nicht der Fall ist, dann warum wurde noch nicht mit Planungsmaßnahmen begonnen, wobei doch ein Betrag von S 300.000,- unter VP 664-918 aoH für dieses Projekt im Haushaltsjahr 1977 präliminiert wurde.

Die letzte Frage dazu, denkt man etwa gar nicht daran, im heurigen Jahr mit der Beseitigung dieser großen Gefahrenquelle zu beginnen?

Die Anfrage ist schriftlich formuliert und wird gemäß § 15 der Geschäftsordnung des Gemeinderates überreicht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Herr Gemeinderat Holub, zu dieser Anfrage, die zweifellos sehr umfangreich ist, habe ich in meiner Einleitung unter Mitteilungen des Bürgermeisters Stellung bezogen im allgemeinen. Im besonderen auf Grund der detaillierten Anfragen wird bis zur nächsten Sitzung Ihnen eine entsprechende Erklärung gegeben werden. Ich bitte Sie, sich mit dieser Erklärung zufrieden zu geben.

Bis zur nächsten Sitzung erfolgt die Beantwortung.

Es wird entgegengenommen. Wir kommen damit zum nächsten Berichterstatter. Nachdem geschäftsordnungsmäßig die Dinge soweit nunmehr geregelt sind, bitte ich Kollegen Schwarz um seine Berichte und Antragstellungen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag befaßt sich mit der Mittelfreigabe für den Garconniereneinbau im Haus Steyr, Industriestraße 7. Der Antrag lautet wie folgt:

4) Bau5-315/76

Garconniereneinbau in das Haus Steyr,
Industriestraße 7; Mittelfreigabe 1977.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Für das Vorhaben Garconniereneinbau in das Haus Steyr, Industriestraße 7, wird der Betrag von

S 70.000,--

(Schilling siebzigtausend)

bei VP 454-93 oH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 1.150.000,--

(Schilling eine Million einhundertfünfzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe hat aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die überplanmäßigen Mittel werden deswegen benötigt, weil im Jahr 1976 von der zur Verfügung gestellten Summe von S 1.270.000,- lediglich S 84.000,- verbaut werden konnten.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Ich frage Sie, ob jemand dazu zu sprechen wünscht? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich Sie bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben, wenn Sie dagegen sind? Enthaltungen? Ich stelle fest, daß dieser Antrag einstimmig angenommen wurde.

Wir kommen zum nächsten Punkt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Auch der nächste Antrag befaßt sich mit dem Haus Industriestraße 7. Es ist die Verlegung eines neuen Erdkabels erforderlich.

5) Bau5-315/76

Garconniereneinbau in das Haus Steyr, Industrie-
straße 7; Verlegung eines neuen Erdkabels.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zweck der Verlegung eines neuen Erdkabels, erforderlich zur Verstärkung der Hauszuleitung für das Haus Industriestraße 7 (Einbau von Garconnieren) wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 142.000,--

(Schilling einhundertzweiundvierzigtausend)

bei VP 454-93 oH bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Die Beträge gliedern sich wie folgt:
S 30.702,- für Elektroinstallationsarbeiten (OKA)
S 80.000,- Baukostenbeitrag an OKA
S 31.338,- Erdarbeiten (Firma Adami)

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Haben Sie dagegen Einwände, Bemerkungen? Keine. Auch hier die Form der Abstimmung. Wer dagegen ist, den bitte ich das aufzuzeigen? Enthaltungen? Auch keine. Somit ist dieser Antrag ebenfalls einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, bevor ich dem Berichterstatter weiter das Wort erteile, bitte ich um Verständnis dafür, daß ich jetzt im Bummerlhaus um 17.00 Uhr eine Ausstellung zu eröffnen habe und bitte den Kollegen Fritsch, während der nächsten beiden Tagesordnungspunkte den Vorsitz zu führen, damit ich mich dieser Verpflichtung entledigen kann.

Ich werde dann sofort wieder zurückkommen, wenn die offiziellen Ereignisse vorüber sind.

Bürgermeister Franz Weiss und Gemeinderat Karl Holub verlassen um 16.55 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Schwarz um die weitere Antragstellung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

In der Sierninger Straße 77 ist ein baufälliges Haus abzurechen und die notwendigen Mittel hierzu freizugeben. Der diesbezügliche Antrag lautet:

6) GHJ2-4437/75

Abbruch des Hauses Steyr, Sierninger Straße 77.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. VI vom 21. 3. 1977 wird der Auftrag zum Abbruch des Hauses Steyr, Sierninger Straße 77, der Baufirma Kössler, Steyr, zum Preise von S 61.714,- übertragen.

Zum genannten Zweck wird eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 65.000,--

(Schilling fünfundsechzigtausend)

bei VP 921-94 bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Wünscht zum Antrag des Kollegen Schwarz jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Erhebt sich ein Einwand gegen den vorgebrachten Antrag? Auch nicht. Er darf als einstimmig angenommen betrachtet werden.

Ich bitte um den nächsten.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Der nächste Antrag hat die Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei VP 600-52 oH als Grundlage. Er lautet:

7) Buch-1124/77

Bewilligung einer überplanmäßigen Ausgabe bei VP 600-52 oH; Ergänzung des Stadtsenatsbeschlusses vom 8. 11. 1976; Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 8. 11. 1976 wurde für das abgelaufene Jahr eine überplanmäßige Ausgabe von S 230.000,- bei VP 600-52 oH bewilligt, um die umfangreichen Vermessungsarbeiten im Bereich der Straßenneubauten innerhalb des städtischen Grundbesitzes abwickeln zu können. Es war im abgelaufenen Rechnungsjahr jedoch nicht mehr möglich, diese Arbeiten durchzuführen, weswegen eine entsprechende überplanmäßige Ausgabe, erhöht um S 140.700,-, das sind insgesamt

S 370.700,--

(Schilling dreihundertsiebzigtausendsiebenhundert)

bei VP 600-52 für das heurige Rechnungsjahr hiemit bewilligt wird.

Der Übertragung folgender Aufträge an die genannten Zivilgeometer wird nachträglich zugestimmt:

1) Waldrandsiedlung West:

Dipl. Ing. Daxinger

S 84.162,--

2) Waldrandsiedlung Ost:

Dipl. Ing. Herunter

S 143.228,--

3) Waldrandsiedlung Süd:

Dipl. Ing. Mayrhofer

S 143.331,--

S 370.721,--

Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Sie haben den Antrag gehört. Wird hiezu das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung. Erhebt sich gegen den Antrag eine Stimme? Enthaltungen? Nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

Ich darf Kollegen Schwarz für die Berichterstattungen und Antragstellungen danken und ihm den Vorsitz wieder übergeben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile Kollegen Fritsch zur Berichterstattung das Wort.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe Ihnen 3 Anträge insgesamt zur Beschlußfassung vorzulegen. Die ersten beiden stammen aus dem Finanz- und Rechtsausschuß. Der erste befaßt sich mit einer Siedlung im Bereich des Klosterberges in Gleink und hat eine Straßenbenennung zum Inhalt. Der Antrag lautet:

8) Bau2-7230/76

Siedlung im Bereich des Klosterberges;
Straßenbenennung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Bereich der Siedlung des sogenannten Klosterberges neugeschaffene Verkehrsfläche Nr. 531/5, KG Gleink, die im Teilbebauungsplan "Leebergründe" vom 16. September 1974 gelb gestrichelt ausgewiesen ist und die von der bestehenden Verkehrsfläche Grundstück Nr. 1271/1 der KG Gleink (Gleinker Hauptstraße) in südwestlicher Richtung abzweigt, erhält zur Erinnerung bzw. Würdigung an das seit dem 13. Jahrhundert bestehende Kloster Gleink, die Bezeichnung

"Am Klosterberg".

Ich bitte Sie, diesem Antrag betreffend Straßenbenennung zustimmend beitreten zu wollen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen zu diesem Antrag? Ich sehe keine. Ist jemand gegen diesen Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Der nächste Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses betrifft die Firma Bauunternehmung Ernst Hamberger in Linz, betreffend einer Erteilung der baubehördlichen Genehmigung eines Grundstückes als Bauplatz. Weiters die Errichtung eines Arbeiterwohnhauses mit Werkstätte auf diesem Grundstück im Grundwasserschongebiet der Versorgungslage der Stadt Steyr und betreffend der Zustimmung der Linzer Raumordnungsnovelle. Der Inhalt des Antrages an Sie lautet:

9) Bau5-5880/76

Bau2-5390/76

Bauunternehmung Ernst Hamberger, Linz, Bürgerstraße 11; Erteilung der baubehördlichen Genehmigung des Grundstückes Nr. 445/2, KG Gleink, als Bauplatz und Errichtung eines Arbeiterwohnhauses mit Werkstätte auf diesem Grundstück im Grundwasserschongebiet der Wasserversorgungsanlage der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 9. März 1977 wird gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946, zugestimmt:

- a) der Erteilung gemäß § 2 leg. cit. der baubehördlichen Genehmigung des Grundstückes Nr. 445/2, KG Gleink, im Ausmaß von 3.519 m² als Bauplatz, ohne Grundteilung;
- b) der Erteilung der baubehördlichen Bewilligung als Ausnahmegenehmigung gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946, an das Bauunternehmen Hamberger zur Errichtung eines Arbeiterwohnhauses mit Werkstätte auf dem nunmehr als Bauplatz genehmigten Grundstück Nr. 445/2, KG Gleink, im Grundwasserschongebiet der Wasserversorgungsanlage der Stadt Steyr.

Ich bitte auch hier um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Es ist dies nicht der Fall. Ich darf bitten, wer für diesen Antrag ist, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Es ist niemand dagegen, daher so beschlossen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Der Antrag des Stadtsenates an Sie, betreffend den Erwerb der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 97, betrifft die nachträgliche Entrichtung der Grunderwerbsteuer. Er beinhaltet folgendes:

10) ÖAG-4032/73

Erwerb der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 97;
nachträgliche Entrichtung der Grunderwerbsteuer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Bezahlung der Grunderwerbsteuer für den Kaufvertrag vom 14. 1. 1974, abgeschlossen mit den Ehegatten Johann und Berta Grabner über die Liegenschaften EZ 1280 und 1764 des Grundbuches der KG Steyr wird ein Betrag von S 171.000,- als überplanmäßige Ausgabe bei VP 92-911 aOH bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Aufnahme von Darlehen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Ebenfalls nicht der Fall. Auch hier ein einstimmiger Beschluß des Gemeinderates! Ich danke für die Berichterstattung und erteile als Nächstem Kollegen Fürst das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Drei Anträge des Stadtsenates darf ich Ihnen zur Beschlußfassung vortragen. Der erste Antrag befaßt sich mit der Herabsetzung des endgültigen Darlehens der Stadtgemeinde Steyr für den Wohnbau E XXII Abschnitt I und II an die GWG der Stadt Steyr.

Dieser Antrag ist notwendig geworden durch die nachträgliche Bewilligung des Landes OÖ., wodurch die Fondsmitteldarlehen von 8,250.100,- um 801.000,- auf S 9,051.000,- erhöht wurden. Der Antrag, der daraus erfließt, lautet:

11) Ha-5051/75

Darlehen der Stadtgemeinde Steyr an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH; endgültige Festsetzung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des umseitigen Amtsberichtes der Mag. Abt. II vom 14. 3. 1977 wird das Darlehen der Stadtgemeinde Steyr für den Wohnbau E XXII A 1 und 2 der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH in Höhe von S 7,210.000,- auf S 6,408.300,- vermindert. Die übrigen Darlehensbedingungen bleiben unverändert.

Wohnbau E XXII A 1 und 2 Peuerbachstraße 2 und 4

Darlehenshöhe S 6,408.300,- (1 % Zinsen und 1 % Tilgung, Jahresannuität 2 %,

zahlbar halbjährlich jeden 1. 1. und 1. 7. im vorhinein, Laufzeit 69 1/2 Jahre) Annuität ab 1. 1. 1975, halbjährlich S 64.083,-.
Der Differenzbetrag in Höhe von S 801.700,- ist als Darlehensrückzahlung bei der VP 911-86 zu beëinnahmen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Es liegt keine Wortmeldung vor. Wenn Sie für den Antrag sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltungen? Der Beschluß ist einstimmig.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Mein nächster Antrag befaßt sich mit der Zuerkennung der Jahressubvention für das Jahr 1977 an das Rote Kreuz in Steyr. Der Antrag an Sie lautet:

12) Ha-1326/77

Rotes Kreuz Steyr; Jahressubvention 1977.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Unter Zugrundelegung einer Kopfquote von S 8,- pro Einwohner und einer Einwohnerzahl von rund 40.600 wird dem Österreichischen Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für das Jahr 1977 eine Subvention in Höhe von S 324.800,- gewährt.

Zum genannten Zweck wird der Betrag von

S 324.800,--

bei VP 51-52 oH freigegeben.

Die Subvention ist in zwei Teilbeträgen im Ausmaß von jeweils 50 % der Gesamtsumme zur Auszahlung zu bringen.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Ebenfalls nicht der Fall, daher Einstimmigkeit.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Der letzte Antrag an Sie befaßt sich mit der Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1976 und Entnahmen aus Rücklagen. Er lautet:

13) Buch-6500/76

Deckung des außerordentlichen Haushaltes 1976
und Entnahmen aus Rücklagen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Deckung des Abganges im außerordentlichen Haushalt in Höhe von S 56,474.607,98 sind aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers S 954.836,40
und der Allgemeinen- und Betriebsmittelrücklage S 2,984.287,95

zu entnehmen.

Ferner sind aus dem ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen
Haushalt S 52, 535.483,63
zuzuführen, sodaß der Abgang des außerordentlichen Haushaltes von

S 56, 474.607,98

=====

zur Gänze gedeckt ist.

Hiezu wird bei der VP 95-72 der Betrag von S 37,106.300 freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von S 15,429.200 bei derselben VP bewilligt.

Ich bitte Sie auch, meinem letzten Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Ich frage um Wortmeldungen? Keine. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch hier ein einstimmiger Beschluß.

Ich danke für die Berichterstattung. Nächster Berichterstatter ist Frau Stadtrat Kaltenbrunner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute 4 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Der erste Antrag beschäftigt sich mit einem Grundtausch der Stadtgemeinde Steyr und der Republik Österreich.

14) ÖAG-7968/62

Grundtausch Stadtgemeinde Steyr - Republik Österreich
im Bereich der Trollmannkaserne.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abschluß eines Tauschvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Republik Österreich, Bundesgebäudeverwaltung II, vertreten durch das Bundesministerium für Bauten und Technik mit Zustimmung des Bundesministeriums für Finanzen über die im Amtsbericht bezeichneten Tauschgrundstücke im Ausmaß von je 3225 m² bei Leistung einer Wertdifferenz der Republik Österreich an die Stadt von S 176.400,- wird zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich nehme an, daß niemand dagegen ist. Stimmenthaltungen? Keine, damit ist der Antrag beschlossen.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Der zweite Antrag betrifft das Bauvorhaben Kreuzung Rooseveltstraße - Kaserngasse sowie Haltebuchten Seifentruhe - Azwangerstraße, Endabrechnung.

15) Bau3-1246/75

Bau3-1466/73

Bauvorhaben Kreuzung Rooseveltstraße - Kaserngasse sowie Haltebuchten Seifentruhe und Azwangerstraße; Endabrechnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 14. 3. 1977 wird zur Endabrechnung der Bauvorhaben Kreuzung Rooseveltstraße - Kaserngasse sowie Haltebuchten Seifentruhe und Azwangerstraße der Betrag von

S 200.000,--

(Schilling zweihunderttausend)

bei VP 664-924 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 160.000,--

(Schilling einhundertsechzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Dagegen oder Stimmenthaltung? Niemand, auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Der dritte Antrag beschäftigt sich mit der Erweiterung der Krankenabteilung im Zentralaltersheim.

16) GHJ1-5765/76

GHJ1-6139/76

GHJ1-6140/76

GHJ2-6491/76

Erweiterung der Krankenabteilung im Altersheim; Ergänzung der StS-Beschlüsse vom 28. 10. 1976 (GHJ1-5765/76) und vom 2. 12. 1976 (GHJ1-6139/76, 6140/76, GHJ2-6491/76) bzw. des GR-Beschlusses vom 9. 12. 1976.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit den oben zitierten Beschlüssen wurden für Zwecke der Erweiterung der Krankenabteilung im Altersheim, die auf Grund einer entsprechenden Subvention seitens des Amtes der OÖ. Landesregierung durchgeführt werden konnte, insgesamt Mittel im folgenden Ausmaß bereitgestellt:

GHJ1-5765/76

Anschaffung von Krankenmöbeln:

S 215.000,-- VP 454-95 oH

GHJ2-6491/76

Erweiterung der Lichtruf- und Lautsprecheranlage:

S 50.900,-- VP 454-95 oH

GHJ1-6140/76

Ankauf von Speisetransportern:

S 97.800,-- VP 454-96 oH

GHJ1-6139/76

Ankauf eines Wäschetrockners:

S 83.400,-- VP 454-95 oH

Summe

S 447.100,--

Die Bestellungen sind wohl im Vorjahr erfolgt, die Lieferung und Rechnungslegung wurde jedoch erst im Rechnungsjahr 1977 durchgeführt. Zur finanziellen Abwicklung ist es daher erforderlich, daß im laufenden Rechnungsjahr folgende außerplanmäßige Ausgaben, bei denen die Investitionssteuer noch zu berücksichtigen ist, bewilligt werden:

S 357.000,-- bei VP 454-94 oH

S 100.000,-- bei VP 454-95 oH

S 457.000,--

=====

Die Deckung für diese außerplanmäßigen Ausgaben ist aus einer bereits geleisteten Subvention der OÖ. Landesregierung bzw. aus Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu nehmen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Es ist verständlich, daß man bei einem so langen Bericht eine Atempause braucht. Ich frage, ob jemand dazu das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Dagegen oder Stimmenthaltung? Niemand, auch hier Einstimmigkeit.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Der vierte und letzte Antrag lautet:

17) JW-4088/76

Herstellung der Außenanlage beim prov. Kindergarten Resthof.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 21. 2. 1977 wird zur Herstellung der Außenanlage beim prov. Kindergarten Resthof eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 120.000,--

(Schilling einhundertzwanzigtausend)

bei VP 280-93 aoH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Die Aufträge werden wie folgt vergeben:

1. Baumeisterarbeiten:

Firma Zwettler zum Anbotpreis von S 61.127,--

2. Herstellung der Garteneinfriedung:

Firma Weichselbaumer zum Anbotpreis von S 32.636,--

3. Lieferung der Gartenmöbel:

Firma Fuchs zum Anbotpreis von S 9.075,--

4. Zimmermannsarbeiten:

Firma Bittermann zum Anbotpreis von S 23.050,--

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte auch hier um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Auch dieser Antrag steht zur Diskussion. Es meldet sich dazu niemand. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Einstimmiger Beschluß.

Ich danke für die Berichterstattung und bitte als Nächsten Stadtrat Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen 5 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste betrifft die Grundleistung für das Jahr 1977 für den Verkehrsbetrieb.

18) ÖAG-252/77

Stadtwerke - Verkehrsbetrieb;
Grundleistung für das Jahr 1977.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Stadtwerke vom 8. Februar 1977 wird den Stadtwerken - Verkehrsbetriebe für das Jahr 1977 eine Grundleistung in Höhe von

S 1.000.000,--
(Schilling eine Million)

zuerkannt.

Der genannte Betrag wird bei VP 91-92 freigegeben. Vorläufig wird jedoch nur der Betrag von S 700.000,- ausbezahlt. Über den Restbetrag kann erst nach Vorliegen der endgültigen Bilanz befunden werden.

Ich ersuche um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Daher einstimmig beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft die Verlustersatzleistung für die städtischen Bäder und die Kunsteisbahn.

19) ÖAG-1598/77

Stadtwerke
Stadtwerke - Teilbetriebe städt. Bäder und Kunsteisbahn;
Verlustersatz 1976.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Über Antrag der Stadtwerke vom 16. 3. 1977 wird auf Grund des Berichtes des Kontrollamtes vom 21. 3. 1977 als Verlustersatz für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn der Stadtwerke Steyr für das Jahr 1976 der Betrag von

S 2.200.000,--
(Schilling zwei Millionen zweihunderttausend)

bei VP 81-51 oH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe von

S 434.000,--
(Schilling vierhundertvierunddreißigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für die überplanmäßige Ausgabe hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche auch hier um die Genehmigung dieses Verlustersatzes.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Stadtrat Wallner bitte!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir sind davon überzeugt, daß keinem von Ihnen bei Beschlußfassung über den Verlustersatz in der Höhe von S 2,43 Mill. für die städt. Bäder und S 590.000 für die Kunsteisbahn, zusammengenommen also 2,6 Mill. rund gesagt, wohl ist. Bewegt sich dieser Verlust doch bereits in einer Höhe, die die Stadtgemeinde veranlassen sollte, Überlegungen anzustellen, wie man diese Entwicklung zumindest in den Griff bekommen könnte. Zunächst die Entwicklung bei den städt. Bädern. Hier ergibt sich eine Steigerung, Abgang 1973 auf 1974 in der Höhe von 69,13 %, von 1974 auf 1975 rund - ich nenne nur mehr runde Prozentzahlen - 14 % und von 1975 auf 1976 ein solcher von 2,7 %. Das ergibt rund 29 in diesen von mir genannten Jahren. Bei der Kunsteisbahn ist die Entwicklung ähnlich, ausgenommen der Abgang des Jahres 1974 auf 1975 in der Höhe von rund 27 %, von 1974 auf 1975 in der Höhe von 12 % und von 1975 auf 1976 in der Höhe von 32 %. Das gibt wieder in Prozenten ausgedrückt, zusammengenommen städt. Bäder und Kunsteisbahn, einen Abgang von 1973 auf 1974 in der Höhe von zusammengenommen nochmals gesagt 59,28 %, von 1974 auf 1975 in der Höhe von 13,58 % und ein Abgang von 1975 auf 1976 zusammengenommen ein solcher von 8,13 %.

Dies sollte, so sind wir der Meinung, doch ernstlich zu denken geben. Erklärungen allein, daß das Personal rationellst eingesetzt ist und ohne die Tarife zu erhöhen könnten Einsparungen nicht erzielt werden, sind meiner Fraktion, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu wenig. Wir verlangen die Durchführung einer betriebswirtschaftlichen Untersuchung, die vielleicht doch die Möglichkeiten weiterer Rationalisierungen und damit Einsparungen aufzeigen könnte. Um Kosten für eine solche Studie sparen zu können, würde sich z. B. das Wirtschaftsförderungsinstitut für eine derartige Untersuchung anbieten. Nachdem die Stadtgemeinde mit mehreren Gewerbeberechtigungen Kammermitglied ist, hat sie selbstverständlich auch ein Anrecht auf eine kostenlose Betriebsberatung durch diese Kammereinrichtung. Meine Fraktion stellt somit gemäß den Bestimmungen der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgenden Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, daß sowohl die städtischen Bäder als auch die Kunsteisbahn von einer unabhängigen, befugten und befähigten Institution hinsichtlich der Möglichkeiten von Kosteneinsparungen durch eventuelle Rationalisierungsmaßnahmen untersucht werden mögen und daß das Ergebnis dann dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden soll.

Vor Erteilung eines diesbezüglichen Auftrages möge dieser Institution mitgeteilt werden, daß seitens der Stadtgemeinde an eine Erhöhung der Tarife derzeit nicht gedacht ist.

Danke.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Es wurde in diesem Zusammenhang ein Antrag gestellt, der unter diesem Tagesordnungspunkt auch diskussionsmäßig zu erledigen wäre. Es hat sich als Nächster zu Wort gemeldet Kollege Fuchs. Bitte!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Das, was ich eigentlich vorgehabt hätte vorzubringen, wurde mir bereits vom geschätzten Vorredner vorweggenommen, sieht man vom Antrag ab, der überraschend kommt, und ich werde diesem Antrag auch die Zustimmung erteilen. Aber es ist doch auch von unserer Seite her bezüglich dieser steigenden Defizite etwas zu sagen. Das Ansteigen der Verluste in diesen 2 Teilbetrieben der Stadtwerke mutet schier unglaublich an, zumal im Vorjahr die Eintrittspreise für diese Betriebe kräftig angehoben wurden. Das ist meines Erachtens nach ein Beweis dafür, daß die von Ihnen bezeichneten oder als solche bezeichneten Tarifregulierungen nichts einbringen. Innerhalb von 6 Jahren steigerte sich nämlich das Defizit, das wurde bereits vorgebracht, von S 572.000,- auf S 2,6 Mill., das sind über 450 % Defizitsteigerung. Ich vermute, daß durch diese Eintrittspreiserhöhungen viele Eislauffreunde und auch Badefreunde bzw. viele Eltern, die über nicht besonders hohe Einkommen verfügen, die nicht besonders gut verdienen, abgehalten werden, diese an und für sich guten Einrichtungen zu besuchen bzw. ihre Kinder dorthin zu schicken. Ich bin auch der Ansicht, daß man hier etwas unternehmen soll, das in die Richtung geht, die vor mir der geschätzte Herr Vorredner anbezogen hat. Ich plädiere aber auch künftig dafür, zumindest sollte man das versuchsweise einmal anstellen, daß die Eintrittspreise beim Bad und der Kunsteisbahn als Anreizmittel für einen stärkeren Besuch künftig gesenkt werden mögen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand zum Antrag und zum Zusatzantrag - in meinen Augen ist das ein Zusatzantrag - das Wort? Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich hätte normal heute zu diesem Punkt nichts gesagt, weil das ersichtlich war schon im Vorjahr beim Verlust, daß auf Grund dieser ganzen Inflationspolitik und Inflation, die in unserem Land vor sich geht, das auch Folgen zeigt. Aber eines müssen wir uns doch im klaren sein, daß so ein Hallenbad, wie es die Stadtgemeinde Steyr gebaut hat oder die Kunsteisbahn, dazu da ist, der breiten Masse der arbeitenden Bevölkerung und ihren Kindern die Möglichkeit zu geben, zu einem halbwegs annehmbaren Eintrittspreis diese Stätten zu besuchen. Ich bin sehr heftig aufgetreten gegen diese Preiserhöhung, weil ich der Auffassung bin, daß so eine Einrichtung eben eine soziale Leistung der Stadt für die Allgemeinheit darstellt. Mich wundert es daher nicht, daß von den beiden Fraktionen, also meiner Vorredner, hier diese Frage aufgerollt wird. Ich glaube aufrollen müßte man, daß viele Reichere, die über den Durchschnitt leben in Steyr und in unserer Umgebung, eigene Hallenbäder haben. Da müßte man sich irgendwo fragen, ist das gar so gerecht? Von wo nehmen die diese großen Mittel in so kurzer Zeit her, daß sie Privatbäder in großem Ausmaß in ihren Villen usw. einbauen lassen? Ich bin dafür, daß man auf keinen Fall die Eintrittspreise erhöht. Es mag zum Teil etwas dafürsprechen, daß eine bestimmte Auswir-

kung diese Eintrittspreiserhöhung auf die Besucherzahl gehabt hat. Aber ich glaube, dazu kommt auch, daß in der Umgebung Konkurrenzhallenbäder entstanden sind und sich das niederschlägt auf eine geringere Besucherzahl. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Aber ich glaube, man könnte ohne eine Gesellschaft zu beauftragen, die Betriebsführung zu überprüfen, doch einige Überlegungen anstellen. Vielleicht wäre es ein Anreiz, meiner Meinung nach, wenn man vielleicht die Badezeit verlängert, so wie das andere Betriebe haben. Das schreckt zurück, daß bei uns für diesen Preis die Badezeit zu kurz ist. Ich glaube, diese Überlegungen könnten auch von diesem Gemeinderat aus angestellt werden oder sich der zuständige Ausschuß damit beschäftigen, wie man hier dieses starke Ansteigen zumindest etwas in den Griff bekommen kann.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Ich darf zur Aufklärung sagen, daß nach Rücksprache mit dem Antragsteller bezüglich der Überprüfung und Beratung der städt. Unternehmungen das Einvernehmen in der Richtung hergestellt wurde, daß der Antrag, der heute eingebracht wurde als ein Antrag eines Gegenstandes, der nicht auf der Tagesordnung steht, angesehen wird und in der nächsten Sitzung zur Behandlung gelangt. Er wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt. Ich bitte nun Kollegen Kinzelhofer um das Schlußwort.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Selbstverständlich haben wir uns auch darüber Gedanken gemacht über die Beiträge, die hier aufgewendet werden für Einrichtungen, die wir der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Kollege Tremel hat ja einen Punkt angeführt, der sicher beiträgt, daß sehr viele Bürger unserer Stadt nach Bad Hall, Enns usw. in die Sauna bzw. Schwimmhalle fahren. Daß natürlich beim Freibad selbstverständlich die Witterung eine sehr große Rolle spielt, das werde ich Ihnen auf Grund von Zahlen mit dem Jahre 1973 beweisen. Wir haben im Jahre 1973 103 Badetage und eine Besucherzahl von 119.834 Badegästen gehabt. Die Zahl des Abganges sehen Sie aus der Aufstellung, die Sie haben. Wir hatten im Jahre 1975 72 Badetage mit 96.000 Besuchern und im Jahre 1976 71 Badetage mit 79.000 Besuchern. Also Sie sehen, daß sie abgehen. Im Hallenbad hatten wir im Jahre 1975 55.000 Besucher und im Jahre 1976 48.000 Besucher. Als das Bad eröffnet wurde in Bad Hall wurde festgestellt, daß selbstverständlich die Bewohner unserer Stadt abwanderten und das Personal kann auf Grund dessen natürlich nicht vermindert werden. Wir haben das mindeste Personal, und zwar 9 Bedienstete bei Freibad, Hallenbad und Sauna und Kunsteisbahn, nämlich nur 9. Obwohl die Betriebsleitung - der Magistratsdirektor wird es wissen - verlangt, daß auf Grund verschiedener Leistungen erhöht wird. Wir haben nur im Sommer Praktikanten, die verschiedene Aufsichten durchführen.

Bei der Kunsteisbahn haben wir im Jahre 1974/75 121 Schleiftage gehabt mit 83.000 Besuchern, im Jahre 1975 135 Schleiftage mit 74.000 und im Jahre 1976/77 125 Schleiftage mit 61.000 Besuchern. Da spielt auch sehr viel Rolle die Witterung. Ich glaube, ich persönlich meine, die Schneesverhältnisse heuer haben dazu beigetragen, daß die Jugend sehr viel Schifahren war und eben der Ausgleich bei der Kunsteisbahn, der selbstverständlich bei einem schneearmen Winter wirklich günstig ist für unsere Jugend, ist hier ausgeblieben. Wir dürfen eines nicht vergessen, meine Damen und Herren, daß die Einkommen bzw. die Verdienste unserer Bediensteten nach einem Vertrag geregelt sind und auch automatisch im Jahr eines gewissen Zuschusses bedürfen und eben auch erbracht

werden müssen und kann nicht erbracht werden, wenn in irgend einer Form gerade bei solchen Instituten wie das Freibad, das wirklich abhängig ist von der Witterung. Wir hoffen, vielleicht ist es heuer möglich, daß wir schönere Tage haben. Aber das können wir leider nicht beeinflussen. Ich würde Sie aber trotzdem ersuchen, diesem Antrag beizutreten, daß der Verlustersatz für die Unternehmungen, für die Bäder und die Kunsteisbahn, zur Bewilligung und Durchführung kommt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand gegen diesen Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall, auch hier ein einstimmiger Beschluß. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft eine Subvention für den SK Vorwärts.

20) Ha-1490/77

SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer
außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem SK Vorwärts Steyr wird über Ansuchen zur Durchführung von Instandsetzungsarbeiten am Sportplatz Volksstraße nach Maßgabe des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 29. März 1977 eine außerordentliche Subvention in Höhe von

S 150.000, --

(Schilling einhundertfünfzigtausend)

gewährt, wobei der Betrag ausdrücklich für solche Maßnahmen gewidmet ist, die von einem späteren Straßenbau nicht berührt werden.

Der Betrag wird bei VP 54-52 oH als überplanmäßige Ausgabe bewilligt. Die Deckung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen. Die Auszahlung wird gemäß dem Baufortschritt gegen Vorlage von Rechnungen vorgenommen.

Es ist bekannt, daß der Vorwärtsplatz auf seinem Standort bleibt, es wird nur eine gewisse Verschiebung der Spielfläche erfolgen und damit ist es möglich, daß der Verein mit verschiedenen Subventionen seine Instandhaltung des Platzes durchführt.

Ich ersuche um die Bewilligung dieses Betrages.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Dieser Antrag steht zur Diskussion. Wortmeldungen sehe ich nicht. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Nicht der Fall, so beschlossen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der nächste Antrag betrifft den Austausch der Niederdruckgasleitung in der Sierninger Straße und lautet:

21) ÖAG-1148/77

Wasserwerk

Austausch der Niederdruckgasleitung in
der Sierninger Straße (innerer Stadtteil).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 10. 3. 1977 werden die Tiefbauarbeiten zum Austausch der Niederdruckgasleitung in der Sierninger Straße (innerer Stadtteil) der Firma Handl zum Preise von S 175.308,-- übertragen. Die Verlegung der Rohre für die Versorgungs- und Hausanschlußleitungen hat durch die Stadtwerke-Gaswerk mit einem Kostenaufwand von rund S 90.000,- zu erfolgen.

Die erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um die Genehmigung dieser Ausgaben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Enthaltungen? Nicht der Fall. Der Antrag ist beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der letzte Antrag betrifft Autobusbahnhof Steyr - Errichtung eines Wartehäuschens.

22) VerkR-4068/70

Autobusbahnhof Steyr; Errichtung eines Wartehäuschens;
Vergabe der Schlosserarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 18. Februar 1977 wird zur Restabwicklung des Vorhabens "Autobusbahnhof Steyr" der Betrag von

S 1,339.000,--

(Schilling eine Million dreihundertneununddreißigtausend)

bei VP 664-922 aoH freigegeben.

Gleichzeitig werden die Schlosserarbeiten zur Herstellung des Wartehäuschens der Firma Vösl zum Preise von S 320.370,-- übertragen.

Ich ersuche um Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Es ist niemand dagegen und niemand übt Stimmenthaltung, somit angenommen.

Ich danke für die Berichterstattung. Als Nächsten ersuche ich Kollegen Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ihre Genehmigung, die Sie mir bisher immer erteilt haben vorweggenommen, meine 5 Anträge in Kurzform vortragen zu dürfen, darf ich Ihnen vorschlagen oder Sie bitten, folgenden Antrag zu genehmigen:

23) Bau3-4350/72

Aschacher Bezirksstraße - Teufelsbachbrücke;
Mittelfreigabe 1977.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 18. 3. 1977 wird für das laufende Rechnungsjahr für den Ausbau der Aschacher Bezirksstraße bzw. der Teufelsbachbrücke der Betrag von

S 969.000,--

(Schilling neunhundertneunundsechzigtausend)

bei VP 664-921 aoH freigegeben.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Keine Gegenstimmen, keine Enthaltungen, so beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

24) Bau5-6142/72

Hallenbadanbau; Mittelfreigabe 1977 und
Projektierung der Elektroarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 14. 3. 1977 wird für das laufende Rechnungsjahr zum Zweck der Vergrößerung des Stadtbades (Hallenbadanbau mit Lehrschwimmbecken und Sauna) der Betrag von

S 2.000.000,--

(Schilling zwei Millionen)

bei VP 722-92 aoH freigegeben.

Mit der Herstellung eines Projektes für die Elektroinstallation für diesen Erweiterungsbau wird die Firma Berger zum Preise von rund S 8.000,- (2 % der Auftragssumme) beauftragt. Für den Fall, daß der Installationsauftrag der Firma Berger übertragen werden sollte, gelangt der genannte Betrag jedoch nicht zur Auszahlung.

Ich bitte um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? So beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

25) Bau5-4022/72

Generalsanierung des Stadtbades; Ergänzung des GR-
Beschlusses vom 23. 9. 1976; Restmittelbewilligung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 14. 3. 1977 wird der Erweiterung des mit GR-Beschluß vom 23. 9. 1976 an die Firma Prameshuber zum Preise von S 190.173,- erteilten Bauauftrages um

S 119.844,--

(Schilling einhundertneunzehntausendachthundertvierundvierzig)

(1. und 2. Nachtragsanbot) zugestimmt.

Weiters wird der Auftrag zur Sanierung der Grünflächen an die Stadtgärtnerei zum Preise von

S 35.000,--

(Schilling fünfunddreißigtausend)

übertragen.

Zur finanziellen Abwicklung des Vorhabens wird gleichzeitig eine überplanmäßige Ausgabe von

S 187.000,--

(Schilling einhundertsevenundachtzigtausend)

bei VP 722-91 aoH bewilligt. Die Deckung ist durch Aufnahme von Darlehen zu finden.

Auch hier bitte ich um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen? Es liegen keine vor. Ich sehe auch, daß keine gegenteiligen Meinungen vorliegen. Danke, so beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Weiters bitte ich um Genehmigung für folgenden Antrag:

26) Bau6-5707/76

Kanalisation Stein, 1. Bauabschnitt;

Auftragserweiterung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 24. 3. 1977 wird im Zuge der Kanalisation Stein, 1. Bauabschnitt, einer Verlängerung des Kanales in der Steiner Straße vom Schacht 43 a bis Schacht 45 zugestimmt. Die entsprechenden Bauarbeiten werden der Firma Adami zum Preise von ca.

S 180.000,--

(Schilling einhundertachtzigtausend)

übertragen.

Der genannte Betrag wird hiemit als außerplanmäßige Ausgabe bei VP 713-922 aoH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist ebenfalls nicht der Fall, so beschlossen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Ich bitte auch um Zustimmung zum letzten Antrag:

27) Bau6-5707/76

Kanalisation Stein, 1. Bauabschnitt;

Hauskanalanschluß Ing. Höchtl.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 22. 2. 1977 wird zur Herstellung der Kanalisation Stein, 1. Bauabschnitt (Hauskanalanschluß Ing. Höchtl) eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 470.000,--

(Schilling vierhundertsechzigtausend)

bei VP 713-922 aoH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Der entsprechende Auftrag wird der Firma Adami zum Anbotpreis von S 470.000 übertragen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich sehe auch hier keine Wortmeldungen. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Keine. Ich danke für die Berichterstattung und ersuche als Nächsten Kollegen Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch ich habe Ihnen insgesamt 3 Anträge des Stadtsenates zu unterbreiten. Wenn Sie erlauben, werde auch ich die Kurzform wählen.

Der erste Antrag lautet:

28) GHJ2-2613/74

Mehrzweckhalle Münchenholz; Mittelfreigabe; Vergabe
des Auftrages zur Planung und Ausschreibung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 1. 3. 1977 wird zur Errichtung einer Mehrzweckhalle in Münchenholz (Saalzubau) der Betrag von

S 1.000.000,--

(Schilling eine Million)

bei VP 55-91 aoH freigegeben.

Der Auftrag zur Planung und Ausschreibung (Generalunternehmer) wird der Firma Adami zum Anbotpreis von S 193.164,- übertragen.

Gemäß § 44 (5) des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat wegen Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort? Das ist nicht der Fall. Wenn Sie dafür sind, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Dagegen sehe ich keine Stimme. Einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der zweite Antrag lautet:

29) VerkR-1173/77

Erneuerung der Bodenmarkierungen 1977; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 25. 2. 1977 wird der Auftrag zur Erneuerung der Bodenmarkierungen auf den öffentlichen Verkehrsflächen im Stadtgebiet - ausgenommen die Bundesstraßen - der Mag. Abt. VII

zum Preise von rund S 187.000,- übertragen.

Der Herstellung der Bodenmarkierungen auf Bundesstraßen durch eine von der Bundesstraßenverwaltung zu nominierende Firma wird grundsätzlich zugestimmt (Kostenaufwand für diese Arbeiten rund S 71.000,-).

Die erforderlichen Mittel in Höhe von

S 258.000,--

(Schilling zweihundertachtundfünfzigtausend)

sind aus VP 14-50 oH zu nehmen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Dagegen ist niemand. Nächster Antrag bitte.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Der dritte und zugleich letzte Antrag lautet:

30) Bau5-1208/75

Fußgängerpassage Grünmarkt; Portal-
und Gewichtsschlosserarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 22. 2. 1977 wird für die Fußgängerpassage Grünmarkt für das laufende Rechnungsjahr der Betrag von

S 680.600,--

(Schilling sechshundertachtzigtausendsechshundert)

bei VP 664-923 aoH freigegeben.

Der Auftrag zur Ausführung der Portal- und Gewichtsschlosserarbeiten wird der Firma Vösl zum Anbotpreis von S 26.603,- übertragen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben auch diesen Antrag gehört. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dafür sind? Danke. Gegenprobe? Ich danke Koll. Wippersberger für die Berichterstattung und gebe den Vorsitz wieder zurück an Bürgermeister Weiss, der soeben wieder eingetroffen ist.

Gemeinderat Holub erscheint um 17.30 Uhr.

Bürgermeister Weiss erscheint um 17.35 Uhr.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für die inzwischen geleistete Arbeit und wir setzen die Sitzung weiter fort. Ich erteile Kollegen Zöchling zur Berichterstattung das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen 3 Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen. Der erste lautet:

31) Bau3-780/77

Vergrößerung des Parkplatzes beim Stadtbad.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Auftrag zur Vergrößerung des Parkplatzes beim Stadtbad wird der Firma Swietelsky Linz zum Preise von S 178.452,- übertragen.
Zum genannten Zweck wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 196.000,--

(Schilling einhundertsechsunneunzigtausend)

bei VP 722-91 aoH bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es eine Einwendung, Gegenstimme oder Enthaltung zu diesem Antrag? Nicht der Fall. Ich darf die Einstimmigkeit dieses Beschlusses protokollieren lassen. Danke. Nächster Bericht.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

32) SH-400/77

Brennstoffaktion 1977.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1977 werden

S 440.000,--

(Schilling vierhundertvierzigtausend)

benötigt.

Zu diesem Behufe werden

- a) S 400.000,- bei VP 449-51 oH freigegeben und
- b) S 40.000,- bei VP 449-51 als überplanmäßige Ausgabe bewilligt, wobei die Deckung durch Mehreinnahmen aus allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen hat.

Diese Aktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 3. 3. 1977 durchzuführen. Dem gemeinderätlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung erteilt, in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen in Abweichung von den Richtsätzen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Auch dieser Antrag ist zur Kenntnis gebracht worden. Ist jemand dagegen oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Wir kommen zum letzten Punkt der heutigen Tagesordnung.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Unter Mitarbeit des Seniorenrates, des Wohlfahrtsausschusses, der Beamtenschaft und vor allen Dingen dem Präsidium darf ich Ihnen heute den 1. Seniorenpaß unserer Stadt zur Beschlußfassung vorlegen. Es ergeht daher an Sie der Antrag des Stadtsenates:

33) SH-4771/76

Einführung des Seniorenpasses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 16. 3. 1977 wird die Ausgabe eines Seniorenpasses für alle Steyrer Bürger, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, nach Maßgabe des von der Mag. Abt. V vorgelegten Musterentwurfes beschlossen.

Der Seniorenpaß gelangt über Antrag unentgeltlich durch das Wohlfahrtsamt zur Ausstellung. Er ist unübertragbar und gilt jeweils für ein Kalenderjahr.

Geboten werden:

- 1) 36 Gutscheine zur kostenlosen Benützung von städt. Linienbussen. Da die erstmalige Ausgabe des Seniorenpasses voraussichtlich frühestens ab Mai d. J. erfolgen kann, wird die Anzahl dieser Gutscheine im Jahre 1977 auf 24 reduziert.
- 2) 6 Gutscheine zum kostenlosen Besuch des Hallenbades der Stadt Steyr.
- 3) 5 Gutscheine für Ermäßigung von S 30,- pro Eintrittskarte für Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr bei Eintrittspreisen über S 30,- (Theater, Konzert usw.).
- 4) 5 Gutscheine zum kostenlosen Eintritt für Veranstaltungen des Kulturamtes der Stadt Steyr bei Eintrittspreisen unter S 30,- (Vorträge, Dichterlesungen etc.).

Außerdem wird bis auf weiteres einmal monatlich, jeweils am ersten Montag, das Hallenbad nachmittags ab 14.00 Uhr ausschließlich für den Besuch durch Senioren reserviert.

Der Seniorenpaß ist von amtswegen mit einem Lichtbild auszustatten.

Außerplanmäßig werden folgende Ausgaben bewilligt:

1. S 1, 500.000, --

(Schilling eine Million fünfhunderttausend)

zur Abdeckung des zunächst erwarteten Aufwandes durch Ersatzleistung für verwendete Gutscheine bei VP 449-55 oH.

2. S 3.866, --

(Schilling dreitausendachthundertsechundsechzig)

zum Ankauf einer Polaroid-Kamera nach Maßgabe des Angebotes der Firma Hartlauer vom 7. 3. 1977 bei VP 449-91 oH.

Die Deckung der zu 1. und 2. bewilligten Beträge hat jeweils durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte Sie, auch diesen Antrag anzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Wir haben uns heute bereits in der Informationssitzung ausführlich damit beschäftigt. Ich frage nunmehr, wer das Wort dazu wünscht? Frau Gemeinderat Liebl.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Obwohl ich mich zu Wort gemeldet habe in der Informationskonferenz, muß ich mit Freude feststellen, daß die ÖVP-Fraktion sehr gerne dem letzten Tagesordnungspunkt "Einführung des Seniorenpasses" verantwortungsbewußt die Zustimmung gibt. Damit wird wiederum ein weiterer Schritt sozialer und humanitärer Vorsorge für unsere Steyrer Bürger getan. Die differenzierte Altenpolitik ist eine der schwierigsten Aufgaben in der Kommunalpolitik. Die qualitative Altenpolitik, die nicht ausschließlich durch finanzielle Zuwendungen angeboten

werden kann, bedarf von uns allen sehr viel psychologisches Einfühlungsvermögen. Vor allem müssen wir die geistig-seelischen Beschwerden, in erster Linie die Angst, das Alleinsein, das nicht mehr Gebrauchtwerden, versuchen zu lindern. Aus Altenpolitik darf aber auf keinen Fall Parteipolitik gemacht werden, wenn auch die alten Menschen für alle Parteien ihre Erfahrungswerte haben. Man kann in Österreich 1,5 Mill. ältere Menschen nicht übersehen. Wenn wir die GR-Protokolle, besonders jene Protokolle, die die Budgetdebatten beinhalten durchlesen, können wir zufrieden feststellen, daß alle Gemeinderäte, gleichgültig welcher Partei sie angehören, immer bereit waren, unseren älteren betagten Steyrern soziale Leistungen anzubieten. Nur werde ich den Verdacht nicht los, ich habe es öfter erlebt, wenn eine Idee, ein Antrag, sei es auf Bundes- oder Gemeindeebene, in einer Ausschußsitzung von der ÖVP kommt, wird er mit Argumenten abgetan, sehr lange schubladiert und kommt sicher nach einigen Monaten, allerdings etwas abgeändert, als Königsidee der Sozialistischen Partei wieder. Ich erinnere an die Aktion "Essen auf Rädern". Lange vor 1973 hat meine Fraktion darüber gesprochen. Es entstand ein Wettstreit um die Urheberrechte innerhalb der 3 GR-Fraktionen. Der Inhalt dieser Diskussionen ist im Protokoll der 17. ordentlichen Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr festgehalten. Demokratie ist Diskussion. Solange wir noch miteinander diskutieren, miteinander reden, ist es um die Demokratie in unserer Stadt gut bestellt. Auch wenn kontroverselle Ansichten in fairem, hartem, aber sachlichem Ton ausgetragen werden. Schlimm wird es, wenn die Parteien in unfairen Art persönlich diffamieren und dadurch wird die Existenz der Demokratie gefährdet. Unsere älteren Steyrer haben während ihrer Erwerbstätigkeit die Grundlage zu unserer heutigen Wohlstandsgesellschaft geschaffen, sodaß wir die moralische Verpflichtung und den menschlichen Auftrag haben, unsere einkommensschwächeren Steyrer finanziell zu unterstützen, noch dazu, wo die Teuerung der Grundnahrungsmittel eine ungeheuerliche finanzielle Bealstung für diese Pensionisten unserer Stadt bedeutet. Deswegen finde ich die Aussage des Vizekanzlers und Finanzchefs Androsch, die er im Bezug auf die Pensionen gemacht hat, mehr als verantwortungslos. Solche unüberlegte Aussagen darf ein Spitzenpolitiker nicht tätigen. Diese Verunsicherung unserer alten Menschen, die diese Pension vom Staat nicht als Geschenk erhalten, die sich diese Pension erarbeitet haben ...

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT VINZENZ DRESL:

Wer hat denn mit diesen Skandalplakaten angefangen?

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Herr Kollege, Sie können dann weiterreden. Ich habe Sie bei der Arbeiterkammersitzung, wie Sie unsere Partei diffamiert haben auch nicht unterbrochen. Sie können nachher weitersprechen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Aber Sie erlauben, Frau Gemeinderat, daß das Recht mir zusteht, jemanden zurechtzuweisen! Ich bitte Sie, weiterzusprechen!

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Das stimmt.

Ich wiederhole, die Verunsicherung unserer alten Menschen, die die Pension vom Staat ja nicht als Geschenk bekommen haben, es hat sie doch jeder selbst

bezahlt und dafür gearbeitet und diese Menschen müssen ihren Lebensabend in Ruhe und ohne Furcht erleben dürfen. Ich stelle die Frage, was hätte die Sozialistische Partei getan, wenn ein ÖVP-Kanzler eine solche Äußerung je getan hätte? Wie hat man Koren verteufelt und man verteufelt ihn heute noch. Aber leider ist es so, daß immer wieder mit zweierlei Maß gemessen wird. Nun noch einige kritische Bemerkungen aber auch Verbesserungsvorschläge im Zusammenhang mit der Einführung des Seniorenpasses. Bereits vor einigen Tagen konnte man in einigen Zeitungen lesen, daß alle Bürger über 65 Jahren einen Seniorenpaß erhalten. Daraufhin kamen viele Vorsprechende in meine Kanzlei. Soviel ich weiß, unterliegen Tagesordnungspunkte, die in Ausschüssen und im Stadtsenat beschlossen werden, der Vertraulichkeit. Ein Kollege unter uns hatte diesbezüglich einmal große Schwierigkeiten, obwohl man keine Beweise fand, daß er diese Vertraulichkeit verletzt hätte. Auch wenn Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, unseren Steyrern ein 1. Mai-Geschenk machen wollten, ersuche ich Sie, in Zukunft schon die GR-Sitzung so frühzeitig einzusetzen bzw. anzusetzen, damit der Gemeinderat rechtzeitig darüber befinden kann und erst nachher sollte man das Amtsblatt damit beauftragen, daß das in Druck gehen kann. Damit wir uns nicht selbst im Gegensatz zum § 9 lit. a in der Geschäftsordnung stellen, die wir ja gemeinsam beschlossen haben. Ich bin überzeugt, daß Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, durch diese Haltung nicht beabsichtigt haben, den Gemeinderat zu desavouieren, sondern in Ihrer Freude, in Ihrem Engagement für den Steyrer Bürger etwas zu tun, diese Freude machen zu können. Wir alle wissen auch, daß die Bevölkerung nicht allzuviel Freude mit bezahlten Mandataren hat. Der Großteil vertritt die Meinung, der Gemeinderat sei ohnehin nur zum Handaufheben da. Die Entscheidung wird im Präsidium und im Stadtsenat gefällt. Wir Gemeinderäte wären bloß Vollzugsgehilfen. Da müssen Sie, Herr Bürgermeister, als dafür Verantwortlicher, mit gutem Beispiel vorangehen und dem Gemeinderat das im Gesetz verankerte Recht gewähren. Tatsache ist auch, daß bei dieser bedeutenden sozialen Leistung wiederum die Frauen benachteiligt werden. Gerade jene Frauen, die in ihrer Jugendzeit weder Kinder-, Heirats- oder Geburtenbeihilfe bekommen konnten oder das Karenzurlaubsgeld in Anspruch nehmen konnten. Mit dieser Meinung bin ich mit vielen Kolleginnen der Gewerkschaft konform. Die Stadtgemeinde Steyr hat sich zu dieser bedeutenden sozialen Leistung auf freiwilliger Basis entschlossen. Die Freiwilligkeit kostet allerdings der Stadt mehr als S 3 Mill. Bedauerlich ist auch, aber auf Grund finanzieller Rücksichten, denn wir müssen auch sparen, daß ein Widerspruch steht nach dem ASVG und dieser freiwilligen Leistung der Stadt Steyr. Denn dort sind die Männer mit 65 und die Frauen mit 60 pensionsberechtigt. Als Verbesserungsvorschläge könnte ich mir vorstellen für den nächsten Seniorenpaß, daß wir eventuell einen freien Besuch unserer alten Leute ins Museum einschalten könnten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ist seit 2 Jahren schon gratis!

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:
Ist schon gratis? Danke, ich bin sehr schlecht informiert. Es tut mir leid, da wurde ich schlecht informiert. Mir hat man gesagt, sie würden so gerne das Museum umsonst besuchen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Das kann jeder.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Außerdem hätte ich noch eine Bitte. Vielleicht wäre es möglich, ich hoffe oder ich wäre froh, wenn auch das schon genehmigt wäre, ein Fahrtschein für eine Fahrt des Kulturamtes. Altenbetreuung und Nachbarschaftshilfe, wie sie von vielen einzelnen Organisationen durchgeführt werden, sind zusätzliche Hilfen für die Stadt Steyr, die allerdings unserer Stadt keine weiteren finanziellen Mittel notwendig machen.

Unser Seniorenbund hat an alle Mitglieder und an alle, die krank sind, eine Karte geschrieben und da können sie antworten, ob sie einen Besuch wünschen, ob sie einen Arzt brauchen und so glaube ich, werden wir gemeinsam diese Probleme lösen und helfen. Dann sind wir wahre Christen und helfen jedem Einzelnen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Nächster Diskussionsredner Gemeinderat Fuchs.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn es darum geht und darum gehen wird, für unsere älteren Mitbürger Erleichterungen zu schaffen, Verbesserungen zu schaffen, ich glaube, dann hat es wohl und wird es wohl künftighin nie besondere deutliche Unterscheidungsmerkmale innerhalb und außerhalb der Fraktionen geben. Wir werden wie bisher selbstverständlich jede diese Verbesserungsabsichten unterstützen. Das haben wir auch schließlich getan. Steyr hat im Bezug auf diese Verbesserungen für betagte Mitbürger besonders in den letzten 3 - 4 Jahren, seit ich das verfolgen konnte, sehr viel getan. Das muß objektiverweise gesagt werden. Ich möchte jedoch diese meine Wortmeldung nicht dazu benützen, um hier eine Urheberrechtsrede zu halten, zumal dieser Gegenstand sicherlich nicht dafür geeignet ist, weil es eben konforme Anschauungen in den Ausschüssen, die sich damit befassen, gab. Denn sonst müßte ich auch z. B. bekanntgeben, daß eine der großen sozialen Taten, die dieser Gemeinderat für seine betagten Mitbürger in den letzten Jahren setzte, nämlich die Einführung "Essen auf Rädern" auch antraglich von der Freiheitlichen Fraktion kam. Ich möchte es jedoch hier nicht tun. Am 13. 12. 1973 antraglich von der Freiheitlichen Fraktion und danach kamen eben die Dinge ins Rollen, das kann niemand hier bestreiten.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Das stimmt wirklich nicht!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Aber ich wollte das gar nicht anziehen, das habe ich ausdrücklich gesagt. Aber es gibt auch andere Einrichtungen, die Sozialen Dienste für die betagten Mitbürger dieser Stadt, die wirklich glänzend funktionieren und das Wohlwollen dieser betagten Mitbürger empfangen bzw. besitzen. Diese soziale Tat, die wir heute mittels dieses Antrages, der auch verspätet eingelangt ist, sicherlich, das wir nachträglich sanktionieren wollen, diese soziale Tat gegenüber betagten Mitbürgern ist zweifellos zu unterstützen. Der Seniorenpaß trägt zweifellos dazu bei, daß der Vereinsamung begegnet werden kann. Es ist ein Service, es ist eine Aktion, die den Lebensabend unserer betagten Mitbürger zweifellos verschönern hilft. Wir Freiheitlichen sind jedenfalls von Haus aus dafür. Ich hätte mich an und für sich gar nicht gemeldet, wenn nicht Frau Gemeinde-

rat Liebl auch einiges dazu gesagt hätte. Ich möchte jedoch auch auf einen Schönheitsfehler hinweisen. Das habe ich auch bekanntgegeben bei der Wohlfahrtsausschußsitzung. Nämlich den Schönheitsfehler, daß man vielleicht nicht differenziert hat zwischen Frauen und Männern, 60 und 65 Jahre. Bei der Informationssitzung wurde das auch schon von Frau Gemeinderat Liebl angezogen und vielleicht den zweiten Schönheitsfehler, daß man nicht doch Bezug genommen hat auf die Invaliditätsrentner bzw. Kriegssopfer, die ja vor dem 65. Lebensjahr als solche zu bezeichnen sind auf Grund dieser körperlichen Gebrechen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

70 % davon fahren frei!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich habe diese Auskunft auch bei der Wohlfahrtsausschußsitzung zur Kenntnis genommen. Ich möchte das nicht als große Kritik, sondern ich habe ausdrücklich gesagt als kleinen Schönheitsfehler bezeichnen.

Als etwas größeren Schönheitsfehler allerdings, den habe ich heute erst bemerkt bei der Informationssitzung, möchte ich folgendes anführen. Beim Seniorenpaß den ich erstmals gesehen habe, wird in "Ich-Form" von Herrn Bürgermeister der Seniorenpaß überreicht. Ich weiß, das steht Ihnen zu, Herr Bürgermeister. Ich glaube ungefähr der Wortlaut, ich habe ihn noch in Erinnerung: Als Bürgermeister der Stadt freue ich mich, Ihnen den Seniorenpaß überreichen oder aushändigen zu können.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Freude werden Sie mir doch noch gönnen!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich bitte, mich ausreden zu lassen. Vielleicht hätte man hinzufügen können, daß hier auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Gemeinderates Sie sich freuen, ihnen diesen Seniorenpaß überreichen zu können, den betagten Mitbürgern. Das nicht als besondere Kritik sondern als Anmerkung hier anzusehen. Im übrigen stimme ich selbstverständlich namens der Freiheitlichen Fraktion der Einführung dieses Seniorenpasses mit allen umfangreichen Erleichterungen zu.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Darf ich noch eine Wortmeldung konstatieren? Gemeinderat Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Ich möchte mich ganz kurz halten, weil ich keine Urheberrechte in Anspruch nehme. Allerdings haben wir in einer Reihe von Besprechungen mit allen Fraktionen übereinstimmend schon bei der Fraktionsobmännerbesprechung, Wohlfahrtsausschußsitzung und vor allem auch diese Anregung seitens des Bürgermeisters, die zum ersten Mal in Steyr war, daß man einen Seniorenrat gegründet hat, begrüßt. Dort haben die Seniorenvertreter aller Parteirichtungen in diesem Altenrat mit bestem Wissen und Gewissen in Verbindung mit den Spitzenmandatären und auch in der Beamtschaft diesen Seniorenpaß ausgearbeitet, was ohne Zweifel ein großer Fortschritt ist. Es zeigt auch von der Einsicht aller Gemeinderäte und aller Parteien, daß es doch im Wohlfahrtsstaat Österreich nicht

so ist, daß man auf solche Leistungen verzichten kann. Ich kann nur diese Initiative begrüßen, die getroffen wurde und daß heute - das zeigte sich schon in der Diskussion - ein einstimmiger Beschluß gefaßt wird. Ich möchte keine Kritik anbringen, aber es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn man in Zukunft bei Beratungen, es gibt Änderungen oft in der Zeit, rein finanziell, vielleicht bei diesen Beratungen mehr die Frauen, die Pensionistinnen mit einzieht. Es ist so wie überall in der Politik, von oben bis herunter, daß die Frauen in der Minderheit sind, sie sind nach wie vor die Schwächeren, in der Politik auf jeden Fall - zahlenmäßig. Ich glaube, daß man das vielleicht in Zukunft mit einbauen kann, daß bestimmte Probleme, die eben wir Männer oder Mandatäre nicht so genau sehen, mit berücksichtigt werden. Die Kommunistische Partei wird selbstverständlich zustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Wortmeldung. Kann ich noch eine registrieren? Ich darf mir erlauben, nachdem ich von der Frau Abgeordneten Gemeinderat Liebl zitiert wurde, auch einige Bemerkungen zu machen und bitte Dich, inzwischen den Vorsitz zu führen, ohne die Sitzung deswegen verlängern zu wollen.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Bürgermeister das Wort zur Diskussion.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Frau Abgeordnete Liebl hat den Seniorenpaß oder dessen Einführung in Steyr irgendwie zum Anlaß genommen, hier politische Akzente in einer Sache zu setzen, die ich absolut nicht als politische Maßnahme bezeichnen möchte und kann. Die Einführung des Seniorenpasses ist eine soziale Maßnahme, die der Gemeinderat, ich konnte es ja nicht vorwegnehmen, Herr Gemeinderat Fuchs, um Ihnen auch darauf die Antwort zu geben, ob der Beschluß einstimmig wird. Daher kann auch von einem einstimmigen Beschluß in der einleitenden Bemerkung, verbunden mit der Freude des Bürgermeisters, nicht gesprochen werden. Ich darf doch eines hinzufügen. Es ist gerade in der Sache Seniorenpaß auch nicht nur eine soziale Maßnahme gesetzt, sondern auch ein Beispiel eines Demokratisierungsprozesses gezeigt worden, indem die Vertreter der älteren Generation beigezogen wurden, beratend beigezogen wurden als Hilfe für die Entscheidungen des Gemeinderates und auch als Informationsstelle für die älteren Bürger, die von diesen Verbänden und deren Vertretern respektiert werden bzw. betreut werden. Ich glaube daher, daß es völlig fehl am Platz ist, in diesem Zusammenhang Worte zu gebrauchen vom Verdacht einer unfairen Art zu diffamieren. Ich kann mir nicht vorstellen, wer im Zusammenhang mit dem Seniorenpaß diffamieren möchte oder will oder die Absicht nur anzeigen würde. Ich möchte deutlich aussprechen, daß wir bei dieser Maßnahme ausschließlich den Menschen im Mittelpunkt unserer Interessen zu sehen haben und auch von vornherein betrachtet haben. Für mich persönlich ist es eine Freude, die ich nicht nur im Seniorenpaß in der Einleitung zum Ausdruck bringe, sondern auch hier im Gemeinderat, daß die Vertreter der Senioren und mit ihnen gemeinsam die Beratungen geführt wurden und daß dabei die Übereinstimmung über den Inhalt des Seniorenpasses auch tatsächlich zustandekam. Das ist für mich ein Maßstab einer Demokratisierung, einer Zusammenarbeit mit einer bestimmten

Menschengruppe, die für uns alle wertvoll ist und die sich auf anderen Ebenen meines Erachtens auch in irgend einer Form fortsetzen kann. Es mag auch bedeutsam für Steyr sein, daß wir eine Vergleichsbasis zur Nachbarstadt Wels haben, die einen Seniorenpaß in ähnlicher Form besitzt, mit einigen Unterschieden nämlich in der Form, daß in Wels erst ohne Unterschied des Geschlechts, ab 68. Lebensjahr der Paß gewährt wird, daß dieser Paß keinen Ausweischarakter hat, sondern nur im Zusammenhang mit einem zweiten, mit einem sogenannten Seniorenausweis in Verbindung Gültigkeit hat. Dinge, die wir von vornherein vermieden haben. Einerseits um nicht die Verwaltung personell zu belasten und damit der Stadt wieder Personalkosten aufzuladen, um eine rasche Handhabung bei der Ausstellung zu ermöglichen und dem Senior oder der Frau, die ihn in Anspruch nimmt, einen Ausweis in die Hand zu geben, in dem sowohl das Lichtbild als auch der Stempel des Magistrates vorhanden ist und damit ein Ausweis für die Nutzung dieser Möglichkeiten des Seniorenpasses ausgestellt werden kann. Ich darf noch hinzufügen, daß gerade durch die Einsetzung des Alters ab 65 die Zahl der Personen in Steyr, die Nutznießer dieses Seniorenpasses sein können, natürlicherweise schon aus den Differenzjahren von 3 gegeben ist. Darüberhinaus kann ich mir die Bemerkung nicht ersparen, die ich schon in der Informationssitzung gemacht habe, nämlich, daß Steyr zusammen mit einer anderen Gemeinde jene Stadt ist, die den höchsten Anteil von der Bevölkerung der Menschen über dem 65. Lebensjahr ausweist. Damit erweist sich neuerdings die Bedeutung dieses Ausweises und es läßt sich auch der Kostenfaktor ausdrücken. Denn die Kosten, wie Sie richtig erwähnt haben, Frau Gemeinderat Liebl, werden 3 Millionen knapp überschreiten, wenn alle Senioren von der Möglichkeit des Passes Gebrauch machen. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß wir dabei nicht daran gedacht haben, zum Weltfeiertag der Arbeit ein Geschenk zu machen, sondern zwangsläufig ließ sich der Seniorenpaß nicht früher ausgeben. Es ist eine besonders erfreuliche Tatsache, daß das doch mit Mai geschehen kann, denn jeden Monat, der früher genützt werden kann mit diesen Möglichkeiten, wird der ältere Mensch begrüßen.

Ich darf in dem Zusammenhang auch hinzufügen, die Information über die Einführung des Passes geschah schon vor geraumer Zeit, nachdem die ersten Beratungen im Seniorenrat gemacht wurden in einer Besprechung sämtlicher Vorsitzender der hier vertretenen Fraktionen. Es war nie ein Geheimnis um die Einführung des Seniorenpasses. Ich habe mir erlaubt, nach Fertigstellung des Inhaltes auch die Presse zu informieren. Ich sehe darin auch eine Informations-tätigkeit der Gemeinde, die nun einmal durch den Bürgermeister in irgend einer Weise repräsentiert wird bei solchen Fragen. Das wird anderswo genauso sein. Ich kenne auch aus dem Land OÖ. keine andere Vorgangsweise. Ich glaube daher, daß alles getan wurde, um zu informieren und nunmehr die Leistung zu erbringen.

In dem Zusammenhang möchte ich abschließend noch hinzufügen, wir haben bereits dafür Sorge getragen, daß wir eine 3. Kraft für Hauskrankenpflege nunmehr in Verwendung bringen möchten. Wenn ich darandemke, daß wir in Kürze die Erweiterung, die bereits vollzogene und nur mehr an Kleinigkeiten anstehende Erweiterung des Zentralaltersheimes in kurzer Zeit haben, das uns Möglichkeiten bietet der vermehrten Einweisung, so ist das ein weiterer Meilenstein in unserer gemeinsamen Tätigkeit für die ältere Generation.

Nur eines darf ich doch auch sagen. Gerade durch die von mir erwähnten Zahlen von älteren Bürgern wird es ungemein schwer sein, immer alle Wünsche zu erfüllen. Daß dabei dem Gemeinderat natürlich auch gewisse Verantwortun-

gen anheimfallen bei der Erledigung dieser Maßnahmen, das möchte ich in keiner Weise bestreiten. Aber ich freue mich dennoch, daß heute auf Grund der bis jetzt gezeigten Stimmung zu erwarten sein wird, daß ein einstimmiger Beschluß über die Einführung dieses Seniorenpasses zustandekommt, womit ich dem Gemeinderat als Körperschaft und auch jenen, die Nutznießer dieses Passes sein werden, herzlich gratulieren darf.

BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Punkt vorge-merkt. Ich darf somit die Tagesordnung als beendet und abgeschlossen erklären.

Verzeihung, ich werde darauf aufmerksam gemacht, einen Formfehler zu ver-hüten und natürlicherweise die Erklärungen, die bisher gefallen sind, zeigen, daß hier die Einstimmigkeit zu erwarten sein wird. Bevor ich abstimmen lasse, möchte ich doch dem zuständigen Referenten das Schlußwort erteilen zu den bis-her gestellten Diskussionsbeiträgen.

STADT R A T J O H A N N Z Ö C H L I N G:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die einen reden von Demokratie und wir haben gerade in diesem Punkt des Se-niorenpasses demokratisch gehandelt. Wir haben die Vorbereitungen für den Seniorenpaß über den Seniorenrat getätigt. Im Seniorenrat ist bekanntlich auch von der ÖVP, wenn ich mich nicht irre, sogar Ihr Gatte drinnen und ich kann mich nicht erinnern, daß diese Verbesserungsvorschläge, die Sie gebracht ha-ben, er als Vorschlag dieses Verbandes oder dieses Bundes gebracht hätte. Über die Urheberrechte, glaube ich, brauchen wir in diesem Kreis nicht spre-chen. Referate haben auch wir nicht in diesem Kreis notwendig, wir haben noch Gelegenheit, bei der Bevölkerung unsere Referate durchführen zu können. Freu-en wir uns daher gemeinsam, daß es uns gelungen ist, für unsere älteren Men-schen etwas zu bringen, was ein kleiner Dank für die Treue der älteren Men-schen zu unserer Stadt Steyr, für die Aufopferung aber vor allen Dingen auch für den Wiederaufbau unserer Stadt sein soll. Sie sollen einen kleinen Dank von unserer Stadt mit diesem Seniorenpaß erhalten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für das Schlußwort des Berichterstatters.

Damit komme ich nunmehr zur Abstimmung. In Anbetracht der Bedeutung dieser Entscheidung darf ich Sie bitten, die Hand zu erheben, wenn Sie mit dem Antrag einverstanden sind? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Ich habe schon gesehen, daß alle Damen und Herren aufgezeigt haben. Somit ist der Seniorenpaß einstimmig beschlossen.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich darf Ihnen, wie üblich, die Summe nennen, die Sie heute mit Ihren Beschlüssen erledigt ha-ben. Es sind dies S 17, 810.274,-, die in allen Entscheidungen des Gemeinde-rates in der heutigen Sitzung erledigt wurden.

Ich darf Ihnen für diese Maßnahmen danken, auch dafür, daß die Sitzung

so gut abgelaufen ist und für die Entscheidungen.

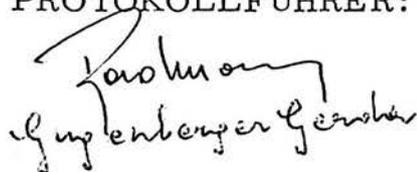
Die Sitzung ist damit geschlossen.

Ende der Sitzung: 18.10 Uhr

DER VORSITZENDE:



DIE PROTOKOLLFÜHRER:



Fachmann
Guglberger Gensler

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

